129. Donnerstag den 5. Juni 1862. 129.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1½ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum: Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 5. Juni. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Ober-Tribunals-Rath Johann Wilhelm Gad zu Berlin den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub zu verleihen; ferner dem Legations-Rath von Pirch bei der Gesandtschaft in Stockholm die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Sachsen Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Albrechtsordens zu ertheilen.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Mittwoch 4. Juni. In der heutigen Sitzung des Oberhauses wurde das Finanzgesetz wegen Deckung des Defizits im Jahre 1862 angenommen.

Im Unterhause wurde die Beschlußfassung in Betreff der Steuererhöhung bis nach vollendeter Budgetberathung ausgesetzt.

Bern, Mittwoch 4. Juni. Durch den Großen Rath sind in die neue Regierung zu Bern gewählt worden: die bisherigen Mitglieder Schenk, Migy, Scherz, Weber, Karlen, Kilian und Kurz; neugewählt wurden Carlin und Karrer. Durch die Wahlen wird das bisherige System überwiegend befestigt.

Der Deputirte Mühlheim stellte im Großen Rathe den Antrag, die Regierung einzuladen, daß sie alle erforderlichen Schritte zur Gewinnung der eidgenössischen Hochschule für Bern einleiten möge.

Der Vincke'sche Adreßentwurf

ist als der vierte der vorhandenen Entwürfe nachträglich aufgetaucht, und wenngleich er keine Aussicht hat, bei der Berathung noch seinem ganzen Inhalt nach berücksichtigt zu werden, so dürften aus ihm doch einzelne Punkte zu Amendirungen des in der Diskussion begriffenen Entwurfs zu verwenden sein. Er ist eine Beantwortung der Eröffnungsrede, und wir wiederholen, daß nur mit einer auf alle schwebenden Fragen eingehenden Adresse der Regierung und dem Lande gedient sein kann, eine bloße Strafpredigt gegen das Ministerium ist wirkungslos. Der Vincke'sche Entwurf ist gedrängt, präcis und allseitig; er läßt keine der Hauptfragen unberührt, und empfiehlt sich auch dadurch, daß er volle Solidarität für die liberalen Fraktionen des Hauses in Anspruch nimmt. „Keiner Verdächtigung darf es gelingen, am Throne die Ueberzeugung zu begründen, daß eine Partei im Lande bestrebt sei, den Schwerpunkt der staatlichen Gewalt, welcher nach Geschichte und Verfassung Preußens bei der Krone beruht, von dieser in die Volksvertretung zu verlegen. Wir beklagen es deshalb tief, daß Ew. Majestät Minister solchen Anschuldigungen Worte gegeben und die Unterstellung daran gereiht haben, als ob der altbewährte preußische Beamtenstand des Ew. Majestät geleisteten Eides jemals uneingedenk sein könnte."

Das von dem Abgeordneten v. Sybel und seinen Freunden einzubringende Amendement rücksichtlich der kurhessischen Frage, welches in der jetzigen unentschlossenen Haltung der Regierung seinen Grund haben mag, würde durch die Annahme der Vinckeschen Fassung seine Erledigung finden: „In der Richtung nach diesem obersten Ziele preußischer Politik (Leitung aller diplomatischen und militärischen Interessen Deutschlands unter verfassungsmäßiger Mitwirkung einer Volksvertretung, in der Hand des Königs von Preußen) haben wir die Machtentfaltung für Wiederherstellung des gekränkten verfassungsmäßigen Rechts in Kurhessen mit freudiger Genugthuung begrüßt und vertrauen, daß Ew. Majestät das Schwert nicht einstecken werden, bis den gerechten Anforderungen jenes bewährten, durch Nachbarschaft und Geschichte uns so nahe stehenden deutschen Volksstammes ein volles Genüge geschehen ist." Auch Schleswig-Holsteins wird gedacht, als einer Aufgabe, die auf gleichem Wege zu lösen ist. „Die baldigste Anerkennung des Königreichs Italien erachten wir für ein deutsches und preußisches Interesse." Ein solcher Passus darf dieses Mal um so weniger in der Adresse fehlen, als es den Anschein gewinnt, daß die Regierung diese Frage absichtlich ganz in den Hintergrund drängt, um sich Oestreichs gute Dienste in Kurhessen zu sichern. Hier eben wird sie auch wieder neue Täuschungen erleben, und wenn der kurhessische Schaden radikal geheilt werden soll, wird das Abgeordnetenhaus richtig handeln, wenn es die Regierung auf einen Weg nöthigt, der sie in dieser Frage endlich von Oestreich und den Rechbergschen Ränken trennt.

Vincke's Adreßentwurf beweist, daß er sich das Herbstprogramm der Fortschrittspartei vollständig angeeignet habe; denn damit nichts daran fehle, erwähnt er auch des Herrenhauses: „den in Aussicht gestellten organischen Gesetzen, der verfassungsmäßigen Beseitigung des Widerstandes, welcher ihnen seither entgegen getreten ist, sieht das Land mit Sehnsucht entgegen." So wenig daran zu zweifeln ist, daß Vincke seinen augenblicklich vermißten Einfluß in dem Abgeordnetenhause nicht für immer eingebüßt hat, sondern bald wieder Gelegenheit finden wird, als der alte sieggewohnte Kämpe zu erscheinen, ebenso bestimmt ist anzunehmen, daß die große liberale Partei vorläufig in allen Hauptfragen zusammengehen wird, da sich bis jetzt prinzipielle Unterschiede nirgends nachweisen lassen. Die Demokraten vom reinsten Wasser fühlen dies und gestehen offen ein, daß ihre Zeit noch nicht gekommen. Jakobi und Ziegler erklären, daß sie in dieses Haus noch nicht passen. Schulze-Delitzsch, der sich bei der Wahlrede selbst als Demokraten proklamirte, besitzt doch Mäßigung genug, sein Programm zu vertagen und seine unumwundene Anerkennung denen zu zollen, die bei den ausgesprochenen Prinzipien der Fortschrittspartei stehen bleiben.

Auf der andern Seite ist von den Altkonstitutionellen ein Zusammengehen mit der Fortschrittspartei für möglich erklärt worden. Vincke selbst steht praktisch auf dem Boden der Fortschrittspartei, nur theoretisch beharrt er im Widerspruch, und wenn es dazu kommen wird, werden wir ihn, wie seit 1847 immer auf dem Rechtsboden und nur auf Seiten des Fortschritts finden. Seit seinem rein theoretischen Streit mit Waldeck hat Mancher Vincke als eine abgenützte Größe betrachtet — aber er ist noch nicht am Ende seiner politischen Laufbahn, und wenn er es im Herbst nicht vorgezogen hätte, mit den befreundeten Männern im Ministerium in Frieden zu leben und darum eine Abgeordnetenwahl abzulehnen, würde er längst Gelegenheit gefunden haben, sich auch vor denen zu rehabilitiren, bei denen er einer Rehabilitirung bedurfte. Sein Adreßentwurf beweist deutlich genug, daß er den Forderungen der Zeit und dem Wohl des Landes niemals fern steht.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 4. Juni. [Die Adreßdebatte; Vorgänge in der Regierungssphäre; Oestreichs Betheuerungen in Betreff Kurhessens.] Die Erklärung, welche Herr v. d. Heydt bei Beginn der Adreßdebatte heute im Abgeordnetenhause Namens des Staatsministeriums verlesen hat (s. unten), ist vom größeren Publikum nicht ungünstig aufgenommen worden. Man verkennt nicht, daß die Sprache der Regierung eine ruhige und versöhnliche ist. Jedenfalls beschränkt sich die Kundgebung auf eine Vertheidigung der von der Regierung eingenommenen Stellung und enthält sich jedes Angriffs auf die dem Ministerium feindlichen Parteien. Unter den Kammerrednern haben offenbar Waldeck und v. Vincke die größte Aufmerksamkeit erregt. Hr. v. Vincke bekämpft den Adreßentwurf der Kommission, weil derselbe nicht auf die einzelnen politischen Fragen eingehe und unter den Rosen der Loyalitätsbetheuerungen nur den Stachel eines Mißtrauensvotums gegen das Ministerium zu verbergen suche. Sehr drastisch wirkte die Bemerkung des Redners, daß sowohl der Hagensche Antrag, wie die Wahladresse sich als Fehler erweisen, da jener die Bildung des gegenwärtigen Ministeriums herbeigeführt habe, während der Erfolg der Wahlerlasse sich in der oppositionellen Zusammensetzung des Hauses darstelle. Die Rede Waldecks beweist, daß ein Theil der Fortschrittspartei den Einspruch gegen den Erlaß einer Adresse nicht aufgegeben hat.

Man hat in allen politischen Kreisen übereinstimmend die Ueberzeugung, daß die Adresse, welche Fassung ihr auch schließlich zu Theil werde möge, nur als Gesinnungsausdruck des Abgeordnetenhauses Bedeutung haben werde, ohne auf die Stellung des Ministeriums einen Einfluß zu üben. Die jetzige Zersetzung der liberalen Partei würde es dem Monarchen augenblicklich sehr schwer machen, für die gegenwärtigen Minister Ersatzmänner zu finden, welche mit seinen Regierungsgrundsätzen im Einklang stehen und gleichzeitig auf die Unterstützung der Kammer rechnen können. Auch berichtet man von mehrfachen Aeußerungen des Königs, welche unzweideutig darauf hinweisen, daß er die Beibehaltung des Ministeriums beabsichtigt und demselben durch Berufung eines Vorsitzenden größere Konsistenz zu geben gedenkt. Neuerdings sind mit Hrn. v. Schleinitz Unterhandlungen angeknüpft worden, die nicht ganz aussichtslos zu sein scheinen. Sollten dieselben scheitern, so wird noch immer Herr v. Bismarck als der Mann der Situation bezeichnet. — Der Meinungsaustausch zwischen Berlin und Wien in Betreff der kurhessischen Angelegenheiten dauert noch lebhaft fort. Graf Rechberg betheuert seine Bereitwilligkeit, die preußischen Forderungen in Kassel nachdrücklich zu unterstützen und versichert, daß Preußen volle Genugthuung erhalten werde, ohne zu Zwangsmaaßregeln zu schreiten. Bis jetzt scheint aber die Ministerkrisis in Kassel noch immer nicht einer Lösung nahe zu sein, welche die preußischen Ansprüche befriedigen könnte.

☾ Berlin, 3. Juni. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Der König kam heute Vormittags 10 Uhr vom Schlosse Babelsberg nach Berlin, nahm zunächst die gewöhnlichen Vorträge entgegen, empfing alsdann mehrere Generale und arbeitete darauf mit den Ministern v. d. Heydt und v. Roon und dem stellvertretenden Unterstaatssekretär im auswärtigen Amte, v. Sydow. Der Minister Graf Bernstorff hatte sich kurz vorher schriftlich entschuldigt. Der König soll die Absicht haben, das Pfingstfest bei seiner Gemahlin in dem Kurorte Baden-Baden zu verleben und würde wahrscheinlich am Sonnabend dorthin abreisen. Zuvor findet für die königliche Familie in der Kapelle des kronprinzlichen Palais die Gedächtnißfeier des Sterbetages weiland Sr. Maj. des Königs Friedrich Wilhelm III. statt und besuchen nach dem Schluß der kirchlichen Feier die hohen Herrschaften das Mausoleum in Charlottenburg. — Der Norddeutsche Eisenbahnverband hat den Stations- und Fahrbeamten die strengste Beachtung der Bestimmung des Dienstbefehls eingeschärft, nach welcher in den Damenkoupé's der Kurier- und Schnellzüge unter keinen Umständen Herren zugelassen werden sollen. Das Platznehmen von Herren in diesen Koupé's darf auch dann nicht gestattet werden, wenn letztere leer sind.

☾ Berlin, 4. Juni. [Vom Hofe; Verschiedenes.] Von der Königin Victoria langte heute deren lebensgroßes Portrait über Hamburg von London hier an. Dasselbe ist für die Frau Kronprinzessin zum Geschenk bestimmt, welche bekanntlich bereits das Bildniß ihres Vaters von gleicher Größe besitzt. Beide Bilder wurden heute nach Potsdam gebracht, da die Frau Kronprinzessin dieselben so lange um sich haben will, als sie im Neuen Palais ihre Sommerresidenz hat. — Nach langer Abwesenheit kehrt morgen di Frau Fürstin von Liegnitz von ihrer bei Vevay in der Schweiz gelegenen Villa zu uns zurück, um am Sonnabend mit der königlichen Familie an der Gedächtnißfeier des Sterbetages des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm III. im kronprinzlichen Palais theilzunehmen; darauf wird die Frau Fürstin auf einige Zeit ihre Villa in Potsdam beziehen. — Die Frau Herzogin von Sagan ist heute Abend nach Koblenz abgereist. — Der Regierungsassessor v. Viebahn, seither im Handelsministerium als Hülfsarbeiter beschäftigt, ist nach Bromberg versetzt und der Regierungsassessor v. Bojanowsky ins Handelsministerium berufen worden. — In Gibraltar liegen bekanntlich der Adjutant Niesemann und die übrigen Marinesoldaten, Seekadetten 2c. begraben, welche vor einigen Jahren bei einer Uebungsfahrt auf dem Vorgebirge Tresforcas von den Marokkanern getödtet oder später an den in diesem Kampfe erhaltenen Wunden verstorben sind. Denselben soll jetzt an ihrer Ruhestätte ein Denkmal errichtet werden, das in der königlichen Eisengießerei gefertigt ist, und in den nächsten Tagen nach Gibraltar abgehen wird. Gestern nahm der Prinz-Admiral Adalbert, der damals die Uebungsfahrt leitete und in dem Kampfe mit den Marokkanern sich durch persönlichen Muth auszeichnete, das Denkmal in Augenschein.

C. S. — [Der Besuch der Kriegsschule.] In militärischen Kreisen ist nachstehende, den Besuch der Kriegsschule betreffende Abänderung mit großem Interesse aufgenommen worden: Bisher wurden die Offiziere, welche die Kriegsschule besuchen, während der Ferien und auch am Schlnsse des dritten Kursus zu anderen Truppen zur Dienstleistung geschickt, um sich auch in der fremden Waffengattung Kenntnisse zu erwerben. Dieses Kommandiren zu anderen Waffen soll jedoch in Zukunft während der Ferien gar nicht mehr und am Schlusse des Kursus nur bei Offizieren, welche sich besonders auszeichnen, stattfinden, sonst sollen die Offiziere immer zu ihren Truppentheilen zurückkehren. Auch eine andere Aenderung steht bevor. Es wurde nämlich bisher nach Beendigung des Kursus nicht sogleich die Prüfung vorgenommen, sondern die Offiziere nach und nach von den Truppentheilen zur Prüfung einberufen. Da aber dadurch die Prüfung Einzelner sehr weit hinausgeschoben werden mußte, soll diese Prüfung sogleich nach Schluß des dritten Kursus in den Kriegsschulen selbst abgehalten werden.

— [Die Ertheilung der Schank-Konzessionen.] Das Ministerium des Innern hat neuerdings in einem Falle bestimmt, daß bei den Gesuchen um Ertheilung von Konzessionen zu Schanklokalen nicht auf die Prüfung der Frage des örtlichen Bedürfnisses einzugehen sei, sondern daß die Erörterung dieser Frage nur in Bezug auf den Kleinhandel mit Bier oder Wein nicht auf Schankstätten Anwendung finden solle.

— [Berichtigung.] In Bezug auf unsere der „B. B.-Z." entnommene Mittheilung erfährt die „V. Z.", daß der Geh. Rechnungsrath Klemm zum Verwalter der Chatulle Sr. Majestät des Königs ernannt ist. Die Stelle eines Geh. Kämmerers ist seit dem Ableben des hochsel. Königs eingegangen. Durch diese Ernennung wird übrigens die Stellung des Korrespondenz-Sekretärs Sr. Majestät, Hofrath Borck, in keiner Weise alterirt.

— [Ehrengerichtliche Untersuchung.] Gegen den Abgeordneten Major a. D. Steinhardt schwebt jetzt eine Untersuchung vor dem Ehrenrath, deren Vorsitzender der General Alvensleben ist. Dieselbe erstreckt sich auf eine Rede, welche Herr Steinhardt bei Gelegenheit eines Zweckessens im vierten Berliner (seinem eigenen) Wahlkreise gehalten haben soll. Zu Zeugen sind vor den Ehrenrath geladen die Herren v. Meibom, Elster, Dr. Ries, Bernhardt und D. A. Benda. Wie die „Berl. Reform" hört, sollen einzelne Zeugen ihre Aussagen dem Ehrenrath gegenüber verweigert haben; und auch gegen diese sollen Zwangsmaßregeln zur Anwendung gebracht werden. (?)

— [Ein Duell.] Vor einiger Zeit erschien hier eine Broschüre über hiesige Militäreinrichtungen, die sich insbesondere auch über die Führer der einzelnen Militärabtheilungen verbreitete und den Satz aufstellte, daß kurzsichtige Offiziere im allgemeinen Interesse auch nicht einmal zur Führung einer Kompagnie zugelassen werden dürften, am allerwenigsten aber dann, wenn mit jenem organischen Fehler zugleich noch eine geistige Kurzsichtigkeit verbunden sei. Der Verfasser dieser Broschüre war der Premier-Lieutenant Hundt v. Hafften, der früher mit dem Hauptmann im Garde-Füsilier-Regiment v. Schückfuß, welcher an Kurzsichtigkeit leidet, in einem Regiment gedient hatte. Der letztere bezog, hiesigen Blättern zufolge, die vorgedachte Invektive der geistigen Kurzsichtigkeit auf sich und nahm keinen Anstand, von dem Verfasser der Broschüre Genugthuung zu verlangen. Die von dem letzteren gegebene Erklärung, daß die Broschüre keine spezielle Beziehung auf seinen früheren Vorgesetzten habe und nur ein allgemeines Urtheil enthalte, wurde nicht genügend erachtet und fand in Folge dessen, nachdem die Sache vor den Ehrenrath gebracht, am Montag früh in der Nähe von Tegel zwischen Beiden ein Pistolenduell auf zehn Schritt Distance mit einem Avancement von fünf Schritten statt. Hr. v. Schückfuß avancirte bis zur Barriere und schoß fehl. Hr. v. Hafften trat darauf ebenfalls an die Barriere, hielt dem Gegner zuerst das Pistol auf den Leib, zielte dann aber in die Luft. Das Pistol versagte; Versagen sollte als Schuß gelten. Hr. v. Hafften erklärte sich darauf für befriedigt und das Duell ist somit unblutig zu Ende gegangen. Dennoch aber wird es künftighin gut sein, wenn jeder Schriftsteller als kleiner „Merrimac" auf die Welt kommt.

Görlitz, 3. Juni. [Untersuchung.] Auf Befehl des Generalkommando's zu Posen ist nunmehr auch die Vernehmung des Civilarztes erfolgt, welcher seiner Zeit den erstochenen Bielenz behandelt hat. Die ganze Angelegenheit kann damit noch eine andere Wendung bekommen, da die Auslassungen des betreffenden Arztes

im vollen Widerspruche zu dem bisher bekannt gewordenen Gutachten der Militärärzte stehen. Auch an mehrere Civilpersonen sollen jetzt Vorladungen ergangen sein. Die Verhandlungen werden von einer gemischten Kommission geführt.

Kolberg, 2. Juni. [Ablehnung.] An Herrn Schulze-Delitzsch ist von hier die Anfrage ergangen, ob er geneigt wäre, eine auf ihn fallende Wahl als Bürgermeister von Kolberg anzunehmen. In einem vom 28. v. M. datirenden Schreiben lehnt derselbe diese Ehre jedoch ab, einmal mit Rücksicht darauf, daß von dem gegenwärtigen Ministerium eine Bestätigung seiner Wahl nicht zu erwarten sei, dann aber, weil er von dem einmal begonnenen Werke auf socialem Gebiete nicht in einem Stadium zurücktreten dürfe, wo dasselbe so reiche Frucht zu tragen beginne.

* **Aus dem Westpreußischen.** — [Gutskäufe.] Dem „Nadwiślanin" wird Folgendes geschrieben: „In einer Zeit, wo die um das Wohl des Landes besorgten Bürger sich zusammenthun, um den heimischen Boden zu hüten, wo im Posenschen die Tellus aufzutreten im Begriff ist, um den Gelüsten deutscher Civilisatoren entgegenzuwirken, drängt sich bei uns unmerklich das deutsche Element immer tiefer in unsere Grenzen, und was noch schlimmer ist, unsere Mitbürger selbst öffnen ihm gastfreundlich die Thore. So wurden unlängst die Güter Ruskowo und Ostrowita aus freier Hand an Deutsche verkauft. Dieser Vorfall hat, Dank den von Euch gemachten schmerzlichen Erfahrungen, allgemeine Entrüstung hervorgerufen — was den Eigenthümer des letzteren Gutes denn auch bewogen hat, sich bei Zeiten aus dem Handel zurückzuziehen.

Ruskowo jedoch ist in deutsche Hände übergegangen, denn der Besitzer Gniasdowski war nicht allzu empfindlich gegen die Manifestation der öffentlichen Meinung." Nun kommen einige heftige Ergüsse gegen den entsetzlichen Egoisten, der sein Gut auch an einen Polen hätte verkaufen können, wenn er die Forderung etwas ermäßigt hätte. — „Wir würden — heißt es dann weiter — dieses Faktums nicht erwähnt haben, wenn es sich nicht zeigte, daß das Ungestraftsein ähnlicher Sünden Nachahmer erzeugt. Wir erfahren nämlich, daß in diesen Tagen auch ein Herr Morzycki diesen selben Deutschen, die auch Ruskowo gekauft haben, sein Gut Czernikowek verkauft hat. Wahrscheinlich werden diese Spekulanten in unserem Kreise so viel wie möglich zusammen kaufen, indem sie das augenblickliche Schwanken der Valuta unserer Papiere benutzen, denen man eine östreichische Zukunft prophezeiht. Wir hören, daß auch Morzycki polnische Käufer hatte, aber die Deutschen erhielten den Vorzug, weil sie einige tausend Thaler mehr boten.

Diese Vorfälle zwingen uns, öffentlich das nationale Gewissen unserer Mitbürger anzurufen: „Laßt nicht den von den Vätern ererbten Boden in fremde Hände; denn wer dem Fremden sein Familiengut verkauft, verkauft ein Stück Vaterland." — Wer hat vor Jahren solche Sprache in Westpreußen gehört? Sie ist das Werk der modernen Agitation, welche auch den Westpreußen den Traum einer Sonderstellung in der preußischen Monarchie eingiebt, und nächstens ihnen sagen wird, daß sie alles Recht haben, sich auf den Wiener Kongreß zu berufen.

Oestreich. **Wien**, 2. Juni. [Niederlage der czechischen Partei.] Die czechische Partei, welche jüngst bei der Wahl des Gewerbevereins in Prag, trotz aller Anstrengungen, mit allen ihren Kandidaten in der Minorität geblieben ist, hat bei der vorgestern stattgefundenen Landtagswahl eine noch demonstrativere Niederlage erlitten. Die Wahl hatte aus der Gruppe des großen Grundbesitzes zu geschehen, und es waren 220 Wähler, zum größten Theil dem hohen Adel angehörig, zugegen. Der Kandidat der „nationalen" Partei war Fürst Adolph Schwarzenberg, Sohn des regierenden Fürsten, der Gegenkandidat war der Kreiskommissär und Gutsbesitzer Ritter v. Kopetz, Sohn des Universitätsprofessors. Das Skrutinium ergab folgendes Resultat: Ritter v. Kopetz erhielt 147 Stimmen; Fürst Adolph Schwarzenberg 73 Stimmen. „Bedenkt man", sagt die „Ostd. Post" hierzu, „daß der unterlegene Kandidat dem ersten und reichsten Adelsgeschlechte des Landes angehört (er ist der Majoratsherr des fürstlichen Hauses) und daß sein siegreicher Gegner weder von altem Adel noch übermäßig reich ist, so gewinnt die Bedeutung dieser Wahl aus diesem Kreise ein noch bedeutsameres Ansehen. Sie zeigt, daß der größte Theil des Großgrundbesitzes in Böhmen den einseitigen und leidenschaftlichen Bestrebungen und Agitationen der czechischen Partei abhold ist und sie als dem Landesinteresse schädlich erachtet. Genau zwei Drittel der anwesenden Wähler bildeten eine kompakte Masse, um dieses durch ihren Wahlakt zu demonstriren, während das andere Drittel keineswegs durchgängig als Anhänger der czechischen Partei zu betrachten ist, sondern theils durch verwandtschaftliche und sociale Beziehungen, theils aus Deferenz für das Fürst Schwarzenbergsche Haus, dasselbe mit seinen Stimmen unterstützte."

Triest, 2. Juni. [Fürst Petrulla.] Zufolge einer der „Triester Zeitung" zugekommenen Mittheilung hat Fürst Petrulla seine Entlassung nicht eingereicht, sondern nur um Urlaub nachgesucht, denselben aber nicht erhalten. Fürst Petrulla, heißt es, will nach Vichy gehen.

Bayern. **München**, 2. Juni. [Der König Max] ist, von der Reise zurückkehrend, gestern Abend wieder hier eingetroffen, von der Königin begleitet, welche dem Monarchen bis Augsburg entgegengefahren war. Das zahlreich am Bahnhof versammelte Volk begrüßte den König mit herzlichen Zurufen.

Hessen. **Kassel**, 2. Juni. [Die Situation.] Der „Wes. Z." schreibt man von hier: „Der Kurfürst hat zwar, wie nicht anders zu erwarten stand, die Entlassung der Minister und Ministerialvorstände angenommen, jedoch auch gleichzeitig verfügt, daß bis zur Bildung eines neuen Ministeriums das gegenwärtige die Geschäfte fortführen soll. Hiermit ist dem von Preußen gestellten Ultimatum, wie man in den Regierungskreisen sagt, vollständig Genüge geleistet. Man müsse dem Landesherrn die erforderliche Zeit lassen, ein neues Ministerium zu bilden, behauptet man. Wie lange dieses dauern kann, ist Niemand im Stande mit Gewißheit zu beurtheilen. Nur darüber herrscht Uebereinstimmung, daß an die Bildung eines liberalen Ministeriums, dem es vollkommen Ernst ist mit der Wiederherstellung der Verfassung von 1831, vorläufig nicht gedacht werden darf, wenn nicht eine weitere Pression von außen erfolgt. Selbst der Entschluß des Kurfürsten, die Entlassung des Ministeriums nur formell einstweilen auszusprechen, soll erst auf Andringen des östreichischen Gesandten erfolgt sein, um nicht Preußen geradezu zu einer neuen Aktion zu zwingen. Wir glauben übrigens, daß hinsichtlich der Neubildung eines Ministeriums im Laufe dieser Woche eine Entscheidung erfolgen wird, da der Kurfürst beabsichtigt, am 10. d. M. nach Teplitz zu reisen und längere Zeit daselbst zu verweilen. Doch kann hierin leicht noch eine Aenderung eintreten, und diese ist nicht unwahrscheinlich, selbst wenn die Stunde der Abreise schon bestimmt ist. Aber auch für den Fall, daß das Ministerium vorher ernannt werden sollte, so sind wir alsdann gerade so weit, wie jetzt, da alle Regierungshandlungen während der Abwesenheit des Kurfürsten ruhen werden und wir keinen Schritt weiter kommen können." — Nach dem „Frankf. J." macht sich „die östreichische Diplomatie die Abwesenheit der preußischen Gesandtschaft in bester Weise zu Nutze, und ihrem Einfluß wird es vorzugsweise zuzuschreiben sein, wenn auf ein wirklich freisinniges Ministerium noch so bald nicht zu hoffen ist. Oestreich, gezwungen, in formeller Hinsicht die Ansprüche des hessischen Volkes am Bunde zu unterstützen, sucht nun Alles wieder gut zu machen durch die der Regierung hinsichtlich der Ausführung zu ertheilenden Rathschläge. Oestreichischer Einfluß arbeitet auf die Bildung eines sogenannten ritterschaftlichen Ministeriums und auf eine Erste Kammer hin. Thatsache ist, daß dieser Tage vom geheimen Kabinet aus mit Hrn. v. Mögling, dem Präsidenten der sogenannten Ersten Kammer, korrespondirt wurde, und man wird nicht irren, wenn man diese Korrespondenz auf die Ministerkrisis bezieht."

Sächs. Herzogth. **Gotha**, 3. Juni. [Der Herzog und die Herzogin] sind gestern Nachmittag glücklich und wohlbehalten in Koburg angekommen.

Großbritannien und Irland.

London, 2. Juni. [Anträge zur Budgetdebatte.] Für morgen stehen im Unterhause folgende Anträge auf der Tagesordnung: 1) Resolution Stansfields: „Der Ansicht des Hauses nach lassen sich die Staatsausgaben ermäßigen, ohne daß dadurch die Sicherheit, die Unabhängigkeit und der berechtigte Einfluß des Landes gefährdet werden." 2) Amendement Lord Robert Montagu's: „Ihrer Majestät Regierung allein ist dem Hause gegenüber verantwortlich für die Subsidien, deren Bewilligung Ihre Majestät von dem Hause begehrt, und das Haus allein ist verantwortlich für die Summen, welche votirt worden sind." 3) Amendement Horsmans: „Während das Haus tief von der Nothwendigkeit durchdrungen ist, in allen Zweigen der Staatsverwaltung Ersparnisse eintreten zu lassen, und diese Nothwendigkeit ganz besonders bei der gegenwärtigen Lage des Landes und seiner Finanzen empfindet, ist es der Ansicht, daß die unter dem gegenwärtigen und vorigen Ministerium für Heer und Flotte votirten Summen nicht größer waren, als für die Sicherheit des Landes zu Hause und die Wahrung seiner Interessen in der Fremde erforderlich ist. 4) Amendement Griffiths zu dem Amendement Horsmans. Dieser Verbesserungsantrag begehrt die Weglassung aller der auf die Worte „und seiner Finanzen empfindet" folgenden Stellen und empfiehlt statt dessen nachstehenden Schluß: „wird es stets bereit sein, jedes Geldopfer darzubringen, das zur Wahrung der Ehre, der Interessen und der Unabhängigkeit des Landes nöthig sein mag." 5) Amendement Viscount Palmerstons zur Resolution Stansfields: „Während das Haus tief von der Nothwendigkeit durchdrungen ist, in allen Zweigen der Staatsverwaltung Ersparnisse eintreten zu lassen, ist es zugleich seiner Verpflichtung eingedenk, für die Sicherheit des Landes zu Hause und die Wahrung seiner Interessen in der Fremde Sorge zu tragen. Das Haus bemerkt mit Befriedigung die Abnahme, welche bereits in den Staatsausgaben erzielt worden ist, und hofft, daß solche weitere Verminderungen darin vorgenommen werden mögen, wie sie die zukünftige Lage der Dinge rechtfertigt." (S. u.)

— [Die Königlich preußische Brigg „Hela"] ist gestern wohlbehalten in Spithend eingelaufen. Sie hatte Lissabon am 14. und Vigo am 23. ult. verlassen.

London, 3. Juni, Nachts. [Parlament.] In der heutigen Sitzung des Unterhauses sagte Palmerston, daß das von Walpole gestellte Amendement die Frage wegen Herabsetzung der Ausgaben zu einer Vertrauensfrage für das Ministerium verändere und die sofortige Diskussion desselben erfordere. Disraeli blieb dabei, daß die nationalen Vertheidigungsmittel vollständig seien und daß kein Grund vorhanden sei, die nationalen Ausgaben auf der jetzigen Höhe zu erhalten. Stanfield schlägt sein Amendement vor, die Herabsetzung der öffentlichen Ausgaben fordernd. Palmerston proponirte sein Amendement und blieb dabei, daß dasselbe eine Vertrauensfrage sei. Bei der Abstimmung waren für das Amendement Stanfield 65, gegen dasselbe 367 Stimmen; die Regierung blieb daher mit 302 Stimmen in der Majorität. Nachdem Walpole sein Amendement zurückgezogen, wurde über das Amendement Palmerston abgestimmt und dasselbe angenommen.

London, 4. Juni. [Telegr.] Die heutige „Times" sagt, die Hochzeit der Prinzeß Alice mit dem Prinzen Ludwig von Hessen werde am 1. Juli zu Osborne gefeiert werden. — Said Pascha ist in London angekommen.

Frankreich.

Paris, 2. Juni. [Zur römischen Frage.] Die Moniteurnote über die Reorganisation des Okkupationskorps in Rom wird heute vom „Constitutionnel" in hellen Farben ausgemalt, so daß man hinreichend klar sieht, was die Ernennung Montebello's zu bedeuten hat. Der neue Kommandant wird, nach der Ueberzeugung des offiziösen Blattes, „den zur Anknüpfung und Fortsetzung der Unterhandlungen und zur Vertretung Frankreichs beim heiligen Stuhle allein berechtigten" Marquis von Lavalette ersprießlich unterstützen. Was aber letzteren anlangt, „welcher nicht einen Augenblick aufgehört hat, mit dem Vertrauen des Kaisers beehrt zu sein, so nimmt er den Posten wieder ein, den er zu bekleiden so würdig ist. Sein derzeitiger Aufenthalt in Frankreich wird es erlaubt haben, sich noch tiefer in die Absichten der kaiserlichen Regierung in Betreff des Papstthums und Italiens einzuweihen, und unser Gesandter wird abermals das den Wünschen Frankreichs so entsprechende Ziel verfolgen. Heißt das, daß die Lösung der großen Frage von einem Tage zum andern erwartet werden kann? Nein. Diejenigen, welche eine sofortige Lösung erwarten, machen sich nicht minder Illusionen, als diejenigen, welche die Rückkehr in eine unmöglich gewordene Vergangenheit erwarten. Die Diplomatie, deren Aufgabe und Verdienst es ist, durch Ueberzeugung zu wirken, gelangt nicht in Einem Tage an ihr Ziel, selbst unter den günstigsten Verhältnissen nicht. Was es zu garantiren und zu versöhnen gilt, das

---

Preußen und die Polen.

(Prussia and the Poles. By Otto Wenkstern London. 1862.)

Der Verfasser der vorliegenden Schrift bekämpft vom preußischen Standpunkte die schon öfter und auch in letzter Zeit wieder von gewisser Seite gestellte Forderung: durch die Wiederherstellung Polens ein „Unrecht" der Vergangenheit gutzumachen.

Nur dringende Ursachen, sagt er, konnten zur Einverleibung eines Landes führen, dessen Werth so gering und dessen künftiges Erträgniß ein so zweifelhaftes war. König Friedrich II., die Wohlfahrt und Sicherheit des ihm anvertrauten Reichs vor Augen, nahm seinen Antheil aus der polnischen Erbschaft, aber er war sich auch gleichzeitig all der Opfer und der Verantwortlichkeiten bewußt, welche ihm und seinen Nachfolgern aus den neuen Besitzungen erwuchsen. Obwohl staatliche und strategische Gründe diese Erwerbung geboten, konnte Friedrich die neuen Gebiete doch nicht als ein bloßes Areal zur Errichtung von Festungen und Schanzwerken ansehen, er konnte nicht ein ausschließendes politisches System für die Preußen und ein anderes für die Polen in Anwendung bringen. Während er seine alten Provinzen umgestaltete, konnte er nicht einen verwilderten und trostlosen Zustand in den neuen dulden. Seine verläßlichsten Organe wurden daher nach Polen gesendet, die Provinzen in Distrikte abgetheilt, das Land inspicirt und geschätzt, jeder Distrikt wurde unter einen Landrath gestellt und erhielt seinen eigenen Gerichtshof, seine Postenverbindung und seine Wohlfahrtspolizei. Kirchen wurden erbaut und ausgestattet, Pfarreien gegründet, Lehrer in Menge eingeführt, zahlreiche Mechaniker, vom Ingenieur herab bis zum Ziegelstreicher, für den Dienst des Königs in Polen angestellt, die Städte umgebaut und neue Niederlassungen errichtet. Noch im ersten Jahre der Besitzergreifung vervollständigte der Staatsschatz das Betriebskapital zu dem Kanale, welcher die Weichsel und Netze mit der Oder und Elbe verbindet und einen ungeheuren Flächenraum trocken gelegt, einen Fieber erzeugenden Sumpf in eine fruchtbare Ebene verwandelt hat. Derselbe Geist, von welchem der König sich in Bezug auf seine neuen Erwerbungen leiten ließ, ist immerdar auch für seine Nachfolger Richtschnur geblieben.

Auch der Wiener Kongreß faßte die Theilung Polens aus dem Gesichtspunkte der Nothwendigkeit auf, als ein außerordentliches Mittel gegenüber einer außerordentlichen Gefahr. Der Gedanke einer möglichen Wiederherstellung Polens trat als unausführbar zurück neben der Ueberzeugung, daß dieselben Ursachen, welche die Theilung bewirkten, noch fortdauerten, daß eine Wiederherstellung die Zwietracht und die Gefahren von 1772 erneuern würde.

Preußen hat es den Reisenden möglich gemacht, das Land zu durchziehen, ohne sich mit Betten, Mundvorrath und Schutzwaffen zu belasten. So erfolgreich ist dieses Werk der Entnationalisirung gewesen, daß die niederen Klassen sogar jene Privilegien gänzlich aus dem Gedächtnisse verloren haben, deren sie sich unter einem nationalen Gouvernement erfreuten, welches ihnen freistellte, von ihren Oberen geplündert und gemißhandelt zu werden. Es ist das Zeichen einer erschreckenden Verminderung des Nationalgefühls, daß das Landvolk zu wiederholten Malen sich geweigert hat, den Aufständen beizutreten, welche durch den unruhigen Theil des Adels angezettelt wurden, und mit Grund steht daher zu besorgen, daß Posen binnen wenigen Jahren für die Sache der polnischen Unabhängigkeit gänzlich verloren sein wird. Der Bauernstand und die Einwohner der Städte wissen, daß sie unter Preußen freier, unabhängiger und glücklicher sind, als sie es unter einem polnischen Gouvernement waren. Sie blicken mit Mißtrauen und nicht ganz ohne Besorgniß auf die Wähler, welche von ihnen fordern, thatsächliche Vortheile zu opfern und dafür nach dem Schattenbilde der Nationalität zu haschen.

Die Beschwerden der Polen lassen sich in Folgendem zusammenfassen: sie klagen Preußen des Eingriffs in ihre Sprache, in ihre gesellschaftliche Stellung und in ihren Güterbesitz an. Diese ihre Klagen sind insofern gerechtfertigt, als ihre Sprache jederzeit auf gleichem Fuß mit der deutschen behandelt, daß ihr nie ein Vorzug vor der letzteren eingeräumt worden ist, welche nicht blos in den übrigen Provinzen Preußens, sondern auch in vielen Städten und Bezirken der Provinz Posen gesprochen wird, daß man die polnische Sprache nicht denen aufnöthigen ließ, welche nicht danach begehren, sie zu erlernen. In gleicher Weise hat die Regierung niemals die gesellschaftlichen und politischen Privilegien und Vorrechte anerkannt, welche der Adel zur Zeit des einstigen Königreichs genoß, und den Gliedern der großen Familien ist der Vorzug ihrer Geburt weder im Militär- noch im Civildienste angerechnet worden. Endlich ist es eine eben so unleugbare als traurige Thatsache, daß seit verschiedenen Jahren eine Anzahl von Grundstücken aus polnischen Händen gekommen ist, weil die Eigenthümer, unvermögend die darauf haftenden gesetzlichen Schulden zu zahlen, zu Gunsten ihrer Gläubiger in den Verkauf solcher Grundstücke einwilligen mußten, die dann häufig von Deutschen angekauft worden sind.

Ein großer Theil der deutschen Bevölkerung hat sich in den Städten als Fabrikanten, Kaufleute, Krämer und Handwerker niedergelassen. Sie haben die Polen in diesen Beschäftigungen nicht verdrängt, denn das frühere Königreich Polen betheiligte sich nicht bei Handel, Verkehr und Handwerken. Wer hätte sich auch diesen Beschäftigungen unterziehen sollen? Der Leibeigene in seiner Verthierung war nur zu den allerrohesten Handarbeiten geeignet, und am wenigsten hätte der Edelmann sich zu jenen nützlichen Verrichtungen herbeigelassen. Gegenwärtig bildet in den Städten Posens die deutsche Bevölkerung den größten und vermögendsten Theil, aber sie hat bloß einen leeren Raum ausgefüllt und ihren Wohlstand nicht auf Kosten der Polen errungen, welche im Allgemeinen jetzt weniger arm sind, als sie es vor achtzig Jahren waren.

Vor fünfzig Jahren.

In diesen Tagen sind fünfzig Jahre verflossen, daß Napoleon I., der große Schlachtenkaiser, seinen weltgeschichtlichen Zug gegen Rußland antrat. Nachdem schon seit Anfang des Jahres die Spitzen seines hierzu bestimmten ungeheuren Heeres sich allmälig gegen die russische Grenze vorgeschoben, und seit Ausgang April die einzelnen französischen Korps ihren Marsch ebendahin angetreten hatten, war der Kaiser selbst am 9. Mai von St. Cloud abgereist. Am 11. traf er in Mainz ein, am 13. in Frankfurt a. M., am 16. in Dresden, wo bis zum

ist die Sicherheit des heiligen Vaters und die berechtigten Interessen Italiens. Das ist der doppelte Zweck, den Frankreichs Politik verfolgt, und wir würden um einen großen Schritt der Lösung näher gekommen sein, auf die so viele Wünsche gerichtet sind, wenn Frankreich sich nicht mehr einem unbezwinglichen non possumus gegenüber befindet und wenn der Hof von Rom sich herbeilassen wird, eine politische Frage nicht mehr wie ein religiöses Dogma zu behandeln."

— [Tagesbericht.] Der heutige „Moniteur" meldet in seinem amtlichen Theile, daß die Bischöfe von Mans, Saint-Brieuc, Saint-Claude, Gap und Basse-Terre (Guadeloupe) in der kaiserlichen Kapelle des Tuilerienpalastes dem Kaiser den Eid geleistet haben. Die Staatsminister des öffentlichen Unterrichts und des Kultus waren bei dieser Ceremonie zugegen. — Im halbamtlichen Theile meldet der „Moniteur", daß der Vicekönig von Egypten und sein Neffe in einer Abschiedsaudienz von den kaiserlichen Majestäten empfangen worden sind. — Wie die „Patrie" wissen will, hat der Kaiser verfügt, daß die sterblichen Ueberreste des Königs Joseph, die seit 1844 in der Kirche Santa-Croce in Florenz ruhen, nach Frankreich gebracht werden. Sie sollen in einer Kapelle des Invalidenhotels, die sich neben dem Grab Napoleons I. befindet, beigesetzt werden. — Das Tribunal von Moulins hat neuerdings über die Frage, ob die Austheilung von Wahlzetteln ohne vorgängige Hinterlegung bei der Behörde und ohne deren ausdrückliche Genehmigung zuläßig sei, dahin entschieden, daß das Kolportage-Gesetz auf die Wahlzettel nicht angewandt werden könne, da dieselben keine Geistesprodukte seien. Die Staatsbehörde wird, wie der „Courrier du Dimanche" meint, gegen diese Entscheidung an den Kassationshof appelliren. — Die drei Tuareg-Häuptlinge, welche sich augenblicklich in Paris befinden, haben dem Kriegsminister einen Besuch abgestattet. Sie trugen dabei die in ihrem Lande üblichen Waffen, u. A. Lanzen, die ganz von Eisen sind und eine zackige Spitze haben, und Schilde von Ochsenhaut mit berberischen Inschriften; außerdem hatte jeder einen Dolch am linken Vorderarm befestigt. Heute wurden dieselben vom Kaiser empfangen. Hauptmann Polignac diente als Dolmetscher.

— [Die Franzosen in Kochinchina.] Ein Privatschreiben des „Armee-Moniteur" aus Saigun vom 15. April bringt über die Operationen, welche der Einnahme von Vinh-Long folgten, ganz neue Details: „Zwischen Mytho und Vinh-Long befand sich ein Festungsviereck, das von den anamitischen Truppen, die sich auf vier stark gebaute, wohl ausgerüstete und gut verproviantirte Forts stützten, militärisch besetzt war. Der gut verschanzte Feind unterbrach die Verbindung zwischen den beiden kürzlich von uns eroberten Städten, beherrschte den Vereinigungspunkt der verschiedenen Arme des Cambodga und war so Herr des ganzen obern Theils des Flusses. Diese Situation war nicht haltbar; wir konnten die Anamiten nicht im Besitz eines weiten Deltas lassen, in dem sie ihre Kolonnen gegen unsere Posten und Niederlassungen organisirten. Der Admiral bildete ein Korps, das in brillanter Weise operirte, nach siebentägigem glorreichen Kampfe die feindliche Armee in die Flucht schlug und sich aller von den Anamiten besetzten Positionen bemächtigte. Diese Positionen stehen sämmtlich mit folgenden vier großen Werken in Verbindung; das Fort Mi-Cui-Tai, eine geräumige Citadelle, deren Hauptseite 600 Meter lang ist; das Fort Dang-Heu, das eine Länge von 550 Meter hat und mit dem vorhergehenden zwei Seiten des Vierecks vertheidigt; endlich die Forts Lang-Ai und Lamb-Ting, die beide 700 Meter lang sind und an den zwei andern Endpunkten des Festungsvierecks liegen. Dieser neue Erfolg hat zum Resultat gehabt, die anamitische Armee vollständig aus unsern Besitzungen hinauszuwerfen, uns zu Herren eines fruchtbaren und wohlangebauten Landes zu machen, die obere Hälfte des Flusses freizugeben und die Verbindung zwischen den beiden so wichtigen und zu einer großen Zukunft berufenen Städten Mytho und Vinh-Long wiederherzustellen."

Schweiz.

Bern, 1. Juni. [Grenzhändel mit den Franzosen.] Schon wieder sind Händel mit Franzosen, wie diejenigen von Ville-la-grand vorgekommen. Fünfzehn Franzosen aus Pougny kamen nämlich in das Dorf Chamy bei Genf und tranken dort in einer Wirthschaft. Nach zehn Uhr wurden sie von den zwei im Dorfe stationirten schweizerischen Gendarmen an die Polizeistunde gemahnt, was ihnen jedoch nicht zusagte, indem sie hierauf die zwei Gendarmen insultirten und blutig schlugen, mit Stöcken und Hausgeräth, was ihnen gerade in die Hände gerieth. Hierauf eilten sie so schnell wie möglich über die Grenze. Da man sie jedoch erkannt, wird die gerichtliche Verfolgung leicht sein. Wie es scheint, werden von französischer Seite absichtlich derartige Scenen provocirt, um die sonst friedlichen Grenzbewohner beider Länder aufzuhetzen.

Italien.

Turin, 1. Juni. [Die römische Frage.] Der halboffizielle Artikel der „Monarchia Nazionale", aus dem der Telegraph eine kurze Analyse brachte, liegt nunmehr seinem Wortlaute nach vor. Auf die Vorwürfe, daß die Regierung Gleichgültigkeit und Schwäche, so wie die Neigung in der römischen Frage zu transigiren, zeige, erfolgt die energische Antwort, „die Regierung habe vom ersten Tage ihrer Existenz wiederholt sich für die Rechte der Nation auf den ganzen italienischen Boden und auf Rom als Hauptstadt Italiens ausgesprochen; die Finanzen des Staates könnten nicht eher in's Gleichgewicht gebracht und die Hülfsquellen des Landes vollständig erschlossen, die Landesvertretung könne nicht endgültig geordnet und jene Einheit und Einfachheit der Staatsmaschine nicht hergestellt und das Werk der Decentralisation begonnen werden, als bis das Reich seine Hauptstadt habe. Der Empfang des Königs in Neapel habe gezeigt, daß die Regierung das Recht und die Pflicht habe, dem Heerde des Bürgerkrieges, der in Rom unter dem Schutze der Kirche errichtet worden, ein Ende zu machen; Europa werde jetzt einsehen, daß Franz II. den Neapolitanern nicht als Befreier gelte, ob auch noch etliche Klerikale aus Belgien und Spanien an der Spitze von Banditen in die Abruzzen ziehen, es werde dies der Fahne der Bourbonen nicht wieder aufhelfen. Die Regierung habe sehr strenge Maßregeln gegen weitere Ruhestörungen angeordnet und werde hier wie bei einem anderen Anlasse in der Lombardei mit Nachdruck verfahren. Da die römische Kurie seit dreizehn Jahren zu jeder Verbesserung sich unfähig gezeigt, so ständen die französischen Truppen jetzt nicht mehr in Rom, um Reformen zu ermöglichen, und ihre Anwesenheit sei auch darum nutzlos geworden, weil die italienische Regierung bewiesen habe, daß sie nirgends, und also auch in Rom nicht, Unruhen und Uebergriffe dulde; sie habe im Einklange mit dem Parlamente wiederholt erklärt, daß sie die Unabhängigkeit und den Glanz der Kirche und des Kirchen-Oberhauptes wolle, und sie werde Wort halten. „Die Zeit", heißt es dann zum Schlusse, „ist also gekommen, wo Frankreich zugestehen muß, daß es durch Verlängerung der militärischen Besatzung in Rom nicht allein die italienische Nation in ihrem höchsten Rechte und in ihren wichtigsten Lebensnerven verletzen, sondern auch in einer Politik verharren würde, die keine andre Stütze mehr hat, als die jedem wahren Fortschritte der kaiserlichen Dynastie feindselige Partei, einer Politik, welche mit jedem Tage Frankreich und der Civilisation peinlicher und widerwärtiger wird."

— [Die Haltung des niederen Klerus.] Der „Tr. Ztg." wird von hier geschrieben: „Während zu Rom die hohen Kirchenwürdenträger versammelt sind, um der weltlichen Macht des Papstes und dem Ansehen des Papstthums überhaupt neue Stützen zu verschaffen, greift in dem niederen Klerus, besonders in der Lombardei, die freiere Anschauungsweise reißend um sich. Vor wenigen Tagen lasen wir von einer von 40 Geistlichen unterschriebenen Adresse an den Papst, worin er um Niederlegung des Königthums und um Ueberlassung der Stadt Rom an Italien gebeten wird. Heute liegt uns eine gleiche Adresse von 200 Geistlichen, worunter 50 Pfarrer aus dem Kirchensprengel Cremona, vor. Auch in anderen Punkten kreuzen sich aufs Entschiedenste die Ansichten der Geistlichen niederen Ranges mit jenen ihrer Oberen."

Turin, 2. Juni. [Bourbonistische Umtriebe.] In Neapel ist man Umtrieben auf die Spur gekommen, welche im Geheimen den Abschluß einer Anleihe für bourbonistische Rechnung bezweckten. Der Hauptagent ist verhaftet worden. Von 500 Obligationen zu je 100 Fr. waren bereits 300 untergebracht worden. Die Regierung hat das Geld und die Korrespondenz mit Beschlag belegt.

Turin, 3. Juni. [Aus der Kammer.] In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurde ein Schreiben Garibaldi's verlesen, welches Erläuterungen über die Vorfälle von Sarnico gab, die Absicht, die Grenzen zu überschreiten gehabt zu haben, leugnete und sein politisches Programm entwickelte. Ratazzi bezog sich in seiner Erwiderung auf das Programm des Ministeriums und erntete lebhaften Beifall. — Abends. Bei der fortgesetzten Debatte in der Deputirtenkammer hält Crispi die Meinung aufrecht, die Regierung habe davon gewußt, daß das Ziel der Expedition jenseit des Meeres gewesen und daß dieselbe Waffen und Geld dazu versprochen habe. Ratazzi leugnete dies und sagte: Wenn die Regierung Kenntniß von der Expedition gehabt hätte, würde sie jeden Versuch dazu verhindert haben, weil durch denselben die Gesetzlichkeit und die internationalen Beziehungen kompromittirt werden konnten. Depretis erklärte, die Initiative zur Bewaffnung stehe der Regierung zu. Die Diskussion wird morgen fortgesetzt werden. — Ratazzi legte eine Gesetzvorlage über Association vor.

Neapel, 26. Mai. [Niederlagen der Briganten.] Der französische Kommandant in Carsoli meldet, an der Grenze von Camerata sei eine Schaar von 40 Briganti mit Verlust von mehreren Todten und Verwundeten geschlagen worden. Die Uebrigen wurden gefangen nach Carsoli gebracht, darunter auch der Anführer de Girolomi. Drei übereinstimmende Telegramme von Ariano, Foggia und Caserta melden die Niederlage der bei alle Grotte vereinigten Briganti. — Am 24. Mai stellten sich 30 Briganti freiwillig dem Unterpräfekten von Avezzano. Der Brigantiführer Pezzo hat sich verwundet dem Syndikus von Catanzaro gestellt. Eine Kompagnie des 8. Infanterie-Regiments hat die Briganti bei Casone und Filiasi im Bezirke Ariano in die Flucht geschlagen. Letztere verloren sechs Mann, 12 Pferde, Waffen und Geld.

Rom, 27. Mai. [Die Kanonisationsfeier.] Obwohl die Zurüstungen im S. Peter sehr schnell vorschreiten, ist dennoch die Kanonisationsfeier bis zum 15. Juni verschoben worden. Die Bischöfe wollen vor dem Fest selbst über die geistlichen und politischen Angelegenheiten der Kirche ihre Beschlüsse fassen, und der Kanonisationsakt soll den Schluß ihrer Synode bilden. Sie berathen sich gegenwärtig in regelmäßigen Zusammenkünften im Palast Altieri beim Kardinal Reisach und beim Monsignor Nardi. Es ist nicht zweifelhaft, daß sie ihre Ansicht über die Nothwendigkeit des Kirchenstaats in der Form eines Synodalakts feierlich aussprechen werden. (N. Z.)

Rußland und Polen.

× Warschau, 2. Juli. Dem „Dziennik pozn." wird von hier geschrieben: Aus erster Quelle gehen mir Mittheilungen über wichtige hier bevorstehende Veränderungen zu. Vorgestern langte Graf Adlerberg mit einem kaiserlichen Schreiben an General Lüders hier an. Der Markgraf, vor zehn Tagen noch ganz verlassen, hat jetzt durch den Großfürsten Konstantin auf der ganzen Linie gewonnen. Er trifft ebenfalls in wenigen Tagen ein und übernimmt die höchste Stelle in der Civil-Verwaltung, das Vice-Präsidium des Administrations- und Staatsraths und reservirt sich das Ministerium der Aufklärung, alle anderen Minister stehen unter ihm. Gleich nach ihm trifft der Großfürst Konstantin als Vicekönig ein; er wird in Warschau mit großem Hofstaat residiren, das oberste Truppenkommando und den Vorsitz im Administrations- und Staatsrath übernehmen. Der Generalgouverneur von Warschau hört auf zu fungiren. Das Kommando und der ganze Stab der ersten Armee wird nach Wilna verlegt. Das Königreich erhält eine besondere, noch nicht bekannte Militärorganisation. Wielopolski ist mit allen seinen Projekten durchgedrungen. Die Russen packen bereits alle, um abzuziehen. Dies sind ganz verbürgte Nachrichten.

Dänemark.

Kopenhagen, 2. Juni. [Skandinavisches Studentenfest.] In der im Laufe dieses Monats hier stattfindenden Versammlung von Studenten aus den 3 nordischen Reichen werden hier große Vorbereitungen getroffen. Der König hat beschlossen, 25 von den fremden Gästen, die Königin-Wittwe 10 und Prinz Christian zu Dänemark 6 derselben zu bewirthen. Außerdem wird der König sämmtlichen fremden Studirenden ein Frühstück geben. Der Erbprinz hat dem Comité für diese Versammlung 200 Thlr. zugesandt.

---

29. jene glänzende Zusammenkunft mit dem Kaiser von Oestreich, dem Könige von Preußen und den meisten Rheinbundfürsten stattfand, welchen Napoleon I. noch einmal, zum letzten Male, auf dem Gipfelpunkt seiner Größe und seines Glanzes sich zeigte. Am 28. kam General Narbonne aus dem russischen Hauptquartier mit der faktischen Entschließung des russischen Kabinets für den Krieg zurück, und am 12. überreichte Napoleons Gesandter Lauriston in Petersburg ein Ultimatum, worin bei Nichtannahme, dessen Abreise unterm 15. Juni angekündigt wurde. An diesem Tage noch ward der französischen Armee der Anfang der Kampagne offiziell bekannt gemacht, und größtentheils bereits in dem Königreich Polen und auf der preußischen Grenze konzentrirt, setzte sich dieselbe gegen den Niemen in Bewegung. Am 22. ward jene bekannte mit: „Soldaten! Der zweite polnische Krieg hat begonnen", anhebende Proklamation an die französische Armee ausgegeben und vom Abend des 23. bis zum 26. passirten bei und um Kowno das Gros des französischen Heeres den Niemen und die Wilia, womit dieser gewaltige, so folgenschwere Kampf thatsächlich seinen ersten Anfang nahm.

In den letzten Tagen betraten Seitens der großen französischen Armee, größtentheils über die Brücke bei Kowno, den russischen Boden: das 1. Korps, befehligt von dem Marschall Davoust, und 68,627 Mann Infanterie und Artillerie nebst 3424 Mann Kavallerie, stark; das 2. Korps von Oudinot 34,299 Mann Infanterie und Artillerie, 2840 Mann Kavallerie (zur Hälfte Bayern und Württemberger); das 3. Korps des Marschall Ney 35,755 Mann Infanterie und 3587 Mann Kavallerie (zu einem Drittheil Rheinbundstruppen); das 5. Korps, Fürst Poniatowski, 32,159 Mann Infanterie, 4152 Mann Kavallerie (ausschließlich Polen); das 7., General Reynier, 15,003 Mann Infanterie, 2186 Mann Kavallerie (beinahe ausschließlich Sachsen); das 8., General Vandamme, 15,885 Mann Infanterie, 2050 Mann Kavallerie (meist Rheinbundstruppen Westphalen, Hessen, Württemberger); das 10., Marschall Macdonald, 30,023 Mann Infanterie, 2474 Mann Kavallerie (ein Drittheil Polen, Bayern und Westphalen, zwei Drittheile Preußen); das 11. Korps oder östreichische Hülfskorps unter Schwarzenberg, 26,830 Mann Infanterie, 7318 Mann Kavallerie; die französischen Garden 41,094 Mann Infanterie, 6279 Mann Kavallerie. Dazu die vier großen französischen Kavalleriekorps unter den Generalen Vansouty, Montbrun, Grouchy und Latour-Maubourg und unter dem Oberbefehl des Königs Neapel, Murat, zusammen eine Masse von 40,173 Mann Kavallerie, jedoch nicht ausschließlich Franzosen, sondern zur Hälfte beinahe aus den Reiterregimentern der mehr oder minder damals von Frankreich abhängigen Staaten zusammengesetzt. Im Total berechneten sich diese Massen unmittelbar auf 292,750 Mann Infanterie und Artillerie und 65,401 Mann Kavallerie oder 358,151 Kombattanten, doch folgten denselben noch auf dem Fuße, unterm 30. Juni, das 4. Korps, Prinz Eugen, mit 42,430 Mann Infanterie und Artillerie und 2368 Mann Kavallerie (meist Italiener, doch auch einige Regimenter Franzosen, Illyrier, Spanier, Portugiesen), unterm dem 1. Juli das 6. Korps, Gouvion St. Cyr, (über die Hälfte Rheinbundstruppen, Holländer, Schweizer 2c.), nnd unter dem 3. September das 9. Korps, Marschall Victor, 31,663 Mann Infanterie, 1904 Mann Kavallerie. Der im Laufe der Kampagne der französischen Armee in einzelnen Bataillons, Regimentern und Brigaden zugesendete Nachschub wird nach den französischen Generalstabsangaben (alle die hier aufgeführten Zahlenansätze sind aus derselben Quelle gezogen) auf zusammen mindestens 65,000 M. Infanterie und 15,000 M. Kavallerie berechnet. Unterm 2. November 1812 folgten der großen Armee endlich noch die Division Durutte, 13,592 M. Infanterie, und unterm 18. desselben Monats die Division Loison 13,290 M. Infanterie (die kleinen deutschen Kontingente und Neapolitaner). Die Gesammtsumme all dieser Truppenkörper wird auf 491,953 M. Infanterie und Artillerie, 96,579 M. Kavallerie und außerdem noch an Mannschaften der Stäbe der Artillerie- und Munitionsparks, des Genies, der Feld- und Lager-Gendarmerie und der Militär-Equipagen auf 21,526 M. oder total 610,058 Kombattanten angegeben, wozu schließlich noch der eigentliche Train und das Armeefuhrwesen mit 37,100 Köpfen hinzutreten. Die gesammte Armee umfaßt in ihren dienstlichen Stellungen somit 647,158 Menschen, wobei der nicht regimentirte Train, die zahllosen Beamten des Magazin- und Verpflegungswesens, die Angestellten verschiedener Art Handelsleute, Marketender und die im Gefolge des Heeres befindlichen Weiber und Kinder natürlich nicht mitzählen. An Pferden führte diese ungeheure Armee bei der Kavallerie, Artillerie und dem gesammten Fuhrwesen 187,111 Stück mit sich, an Feldgeschützen befanden sich bei derselben incl. 60 Stück der östreichischen Korps, 1206 eingetheilt, wozu für die beiden Divisionen Durutte und Loison späterhin noch fernere 36 Geschütze hinzutraten. Dem 10. Korps des Marschall Macdonald war für die Belagerung von Riga außerdem noch ein Belagerungspark von 130 schweren Geschützen beigegeben, wodurch die Zahl der Stücke auf zusammen 1,372 anwächst. Das bei diesem letzten Korps befindliche und anfänglich von dem General Grawert, später von General York kommandirte preußische Korps bestand aus 20 Bataillons, 24 Eskadrons ($7\frac{1}{2}$ Batterie) 3 Kompagnien Pioniere, 3 Trainkompagnien und zwei immobilen Artilleriekompagnien, welche Napoleon eigenmächtig aus Königsberg mitgenommen hatte, und war 21,376 Mann stark, dabei 4000 Pferde, Kavallerie und 60 Geschütze. Zwei Reiterregimenter, das kombinirte Ulanenregiment (je zwei Eskadrons der Ulanenregimenter Nr. 2 und 3) und das kombinirte Husarenregiment (je zwei Eskadrons der jetzigen Husarenregimenter Nr. 3 und 5) nebst den beiden immobilen Artilleriekompagnien befanden sich davon jedoch der französischen großen Armee beigegeben.

—p.

‡ Aus der Chronik der Stadt Koźmin.

(Fortsetzung aus No. 123.)

Das Jahr 1754 war der Chronik zufolge ein ebenfalls fruchtbares. Das Viertel Weizen kostete 15 Silbergroschen, der Roggen zehn Silbergroschen und darunter, verhältnißmäßig noch weit billiger waren Aepfel und Pflaumen und anderes Obst. Nur die Erbsen wurden vom Mehlthau völlig verzehrt. Auch die Sommerfeldfrüchte waren wegen der Trockenheit nicht gut gerathen, später gesäte jedoch zufriedenstellend. Der Hopfen mißrieth ganz und kostete das Viertel 6 Gulden und 10 Groschen und darüber und bevor derselbe aus Rußland eingeführt wurde, mußte man Meilenweit reisen, ehe man ihn erhielt. Im folgenden Jahre vernichtete Hagelschlag das Sommerfeld, auch bemerkt die Chronik, daß man auch hier das Erdbeben in Lissabon verspürt habe (?). Anfangs des Frühlings war die Saat sehr schön und sie mußte überall geschnitten werden, doch später trat Regenwetter ein, welches das ganze Jahr anhielt. Das Getreide wuchs auf dem Felde aus und die Folge davon war Theurung. Das Viertel Weizen kostete 25 Sgr., Roggen 20 Sgr., Gerste 15 Sgr., Erbsen 25 Sgr., das Quart Salz 10 polnische Groschen. Die Wege waren so grundlos, daß aller Verkehr aufhörte.

Am 16. Februar 1756 wurde in Gegenwart des Kanonikus v. Mirowski als Dekan und Probst von Koźmin das unter der Pfarrkirche befindliche Erbbegräbniß geöffnet, in dem sich in vier zinnernen Särgen die irdischen Ueberreste des Erbherrn Andreas Grafen v. Górka (eines eifrigen Förderers der Reformation, dem auch als Palast die heutige Posener Louisenschule gehörte) des Stanislaus Grafen von Przyjemski, der Starostin von Konin Frau Anna von Przyjemska geborene von Czarnkowska und der Gräfin Anna Bnin von Rozdrażewska, Starostin von Konin, aufbewahrt fanden. Die Seiten der Särge schmückten Inschriften und innerhalb der Särge fanden sich silberne Tafeln vor, die auf die Verstorbenen bezügliche Inschriften eingravirt trugen.

In hölzernen Särgen fanden sich noch viele Leichen vor, unter andern der Sarg der Gräfin Anna von Bnin, Tochter des Palatin von Posen Peter Bnin von Opalinski.

Zuletzt öffnete man einen kupfernen theils vergoldeten Sarg, in dem sich ein gut verpichter eiserner vorfand. In ihm befand sich

Vom Landtage.

Berlin, 3. Juni. Dem Vernehmen nach hat sich jetzt der polnische Landtagsklubb konstituirt. Dr. Liebelt ist zum Präsidenten gewählt; Graf Cieszkowski (der frühere Präsident) ist noch gar nicht in Berlin; Vicepräsident ist Graf Bniński aus dem Herrenhause; Sekretäre sind: Graf Działyński und Stablewski; in die parlamentarische Kommission sind Bentkowski, M. Żółtowski und Janiszewski gewählt. Im Ganzen sind erst 16 Abgeordnete zusammen, fehlen also noch 7. — Dr. v. Niegolewski u. A. werden wahrscheinlich gar nicht auf dem Landtage erscheinen, da sie bevorstehenden Kongressen beiwohnen werden. — Den Grafen Bniński fesselt der „Tellus" in der Provinz; er war nur nach Berlin geeilt, um die Koczorowski'sche Petition zu unterstützen.

Herrenhaus.

Die gestern gewählte und zusammengetretene Kommission des Herrenhauses zur Berathung der Anträge über die Kontinuität besteht aus folgenden Mitgliedern: v. Frankenberg-Ludwigsdorf, Vorsitzender, Frhr. v. Gaffron, Stellvertreter desselben, v. Oldershausen, Schriftführer, v. Waldow-Steinhöfel, Frhr. v. Maltzahn, Dr. Tellkampf, Dr. Bornemann, Grimm, Hasselbach, Dr. Brüggemann, v. Meding, Dr. Simons, Graf Friedr. zu Stolberg, Fürst W. Radziwill, Dr. v. Daniels. — Zu Schriftführern sind neugewählt worden: Ober-Bürgermeister Beyer und Landrath a. D. v. Hellermann.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 4. Juni. [8. Sitzung], um 10 Uhr 15 Min. von dem Präsidenten Hrn. Grabow eröffnet. Die Tribünen sind von 9 Uhr ab bis auf den letzten Platz besetzt. Auch in der Diplomatenloge erschienen nach und nach Vertreter fremder Staaten mit ihren Damen. Herr Metz aus Darmstadt findet auf der Journalistentribüne ein Plätzchen. Am Ministertische erschienen die Herren v. d. Heydt, Graf zur Lippe, v. Jagow, v. Holzbrinck, Graf Itzenplitz, General v. Roon und v. Mühler. Nach geschäftlichen Mittheilungen bezüglich des Eintritts neuer Mitglieder, der Bewilligung von Urlaubsgesuchen, wird ein Schreiben des Handelsministers verlesen, betreffend die Uebersicht über den Fortgang des Baues der Staatseisenbahnen im Jahre 1861. Die Uebersicht ist in Druck gegeben und wird vorläufig der Kommission für Handel und Gewerbe überwiesen. — Der Finanzminister Hr. v. d. Heydt legt in Folge Allerhöchster Ermächtigung im Verein mit dem Minister des Auswärtigen und des Handels den mit Chili abgeschlossenen Vertrag vor. Geht an die Handelskommission. — Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Bericht der Adreßkommission über den Antrag des Abg. v. Sybel. (Referent: Abg. Twesten.) Im Hause könnten, leitet der Präsident ein, Mitglieder sich befinden, welche gegen jede Adresse sind. Man wird also mit der Diskussion über die Frage, ob überhaupt eine Adresse zu erlassen sei, beginnen müssen. Wird die Frage verneint, so sind alle Entwürfe erledigt; andernfalls findet eine Generaldiskussion zunächst statt. — Abg. v. Vincke entgegnet, es empfehle sich, die Frage, ob eine Adresse zu erlassen sei, dennoch mit der Generaldiskussion zu verbinden. — Abg. Waldeck erklärt sich für den Vorschlag des Präsidenten. Es könnten Mitglieder im Hause sein, die eine Debatte, wie sie jetzt geboten ist, überhaupt vermeiden wollen; die sich aber dann doch für einen Entwurf entscheiden könnten. — Abg. v. Gottberg hebt hervor, daß der Kommissionsbericht keine Gründe für den Erlaß einer Adresse enthalte, daß man diese Gründe aus der Adresse herauslesen müsse.

Das Haus schließt sich dem Vorschlage des Präsidenten an. Zu der Frage, ob eine Adresse erlassen werden soll, nimmt zunächst das Wort der Referent, Abg. Twesten: Meine Herren! Die Frage, ob eine Adresse erlassen werden solle, oder nicht, ist in der Kommission bejaht worden und zwar aus folgenden Gründen: Das Haus ist unter so ungewöhnlichen Umständen zusammenberufen worden, wie sie in der Geschichte des Konstitutionalismus unerhört sind. Es war ein öffentliches Geheimniß, daß das aufgelöste Abgeordnetenhaus einem Ministerium gegenüber stand, das in sich unhaltbar war. Dennoch löste dies Ministerium, mit Ausnahme eines Mitgliedes, welches sich zurückzog, das Haus auf, und wendete sich an das Vertrauen des Hauses. Aber kurze Zeit darauf trat das inzwischen geänderte Ministerium unter einer andern Fahne auf, es erklärte, die angeblich bedrohte Macht des Königs aufrecht erhalten zu wollen und häufte durch seine Organe eine Fluth von Schmähungen auf das aufgelöste Haus. Graf Schwerin und Freiherr v. Patow hatten nicht gethan, auf das Vertrauen der Wohlmeinenden hinzuweisen; auch sie gehörten nicht zu denen, welchen man diese Bezeichnung versagt. Wir halten dafür, daß alle es wohl meinen; wir wandten uns nicht an das Vertrauen der Wohlmeinenden, sondern an das Vertrauen des Landes. Nun wohl! Das Land hat gesprochen, es fehlt kein einziger, der früher hier saß, auf seinem Platz (links), dagegen hat kein Wahlmann für die Minister gestimmt, und die Zahl derer, die ihnen hier ihre Unterstützung gewähren, beträgt etwa 12. Wollten wir unter solchen Umständen stumm an die Geschäfte gehen, wollten wir die Angriffe der Organe der Regierung ignoriren, so würde man darin eine affektirte Gleichgültigkeit sehen. Gegen diese Angriffe, gegen die Schmähungen der reaktionären Partei sind wir es schuldig, dem Volke die Wahrheit zu sagen. Wir müssen sagen, daß die Schmähungen unbegründet sind und der Lage der Dinge nicht entsprechen. Man hat, wie ehemals, von Demokraten gesprochen und jeden Demokraten von vornherein als Königsfeind bezeichnet. Eine Opposition, die vollkommen auf verfassungsmäßigem Boden steht, ist in unerhörter Weise behandelt worden. Fremde, namentlich Engländer, sprachen ihre Verwunderung darüber aus, daß man die Opposition mit solcher Unhöflichkeit behandle, daß das Abgeordnetenhaus in Preußen überhaupt dadurch diskreditirt werde. Da die Regierung uns nun so behandelt, so ist es unsere Pflicht, uns an Se. Majestät zu wenden und gegen ungewohnte Angriffe uns zu vertheidigen. Dazu kommt, daß wir in dieser Session keine Gelegenheit haben werden, bei einzelnen Gesetzentwürfen unsere Gesinnung über die Lage des Landes und die Bedürfnisse desselben, darzulegen. Dazu kommen noch äußere Erwägungen. Viele Stimmen im Lande fordern uns auf, daß wir uns klar und ehrlich Sr. Majestät gegenüber aussprechen müssen. Auch im Auslande behauptet man, daß es unmöglich sei, unter solchen Umständen zu schweigen. Andrerseits wendet man ein, daß es unzulässig, ja eine demokratische Unverschämtheit sei, eine Kritik über die Räthe der Krone auszuüben, ihnen ein Mißtrauensvotum zu geben. Aber Frhr. v. Patow hat den Ausspruch gethan, daß das Mißtrauensvotum des Abgeordnetenhauses eine Schutzwehr gegen Uebergriffe der Minister sei und selbst Graf v. Morny hat in der französischen Kammer gesagt, der Kaiser wünsche die ehrliche Meinung der Kammer in einer Adresse zu vernehmen. Wohlan, sprechen auch wir unsere ehrliche Meinung aus und erlassen wir eine Adresse. Man hat von einer Seite her eine solche als gefährlich, als erbitternd, dargestellt; indeß die Sprache in der Adresse ist von der Art, daß sie nicht erbittern kann. Welchen Erfolg wir haben werden, können wir nicht voraussehen, auch steht der Erfolg nicht in unserer Macht; indeß was wir thun können, ist, unsere Meinung, unsere Ueberzeugung auszusprechen. Aus diesen Erwägungen ergiebt sich auch der Charakter der Adresse, über den ich hier nicht weiter sprechen will, da es sich um die Vorfrage handelt, ob eine Adresse erlassen werden soll. Diese Frage ersuche ich Sie zu bejahen! (Bravo!)

Abg. Waldeck (gegen die Vorfrage): Ich hätte nicht geglaubt, gegen den Erlaß einer Adresse sprechen zu müssen; es wäre eine Manifestation gut gewesen. Es ist nicht meine Absicht, das Geringste von dem eben Gehörten abzuschwächen. Die Wahrheit liegt so klar, daß sie nicht umgestoßen werden kann. Dennoch — es giebt Gründe, warum man es vorzieht, von der Frage abzustehen; diese Gründe sind in der letzten Stunde zur Geltung gekommen. Die Frage: ob hängt mit der Frage wie zusammen; wir stehen einer Thronrede gegenüber und dieser Rede war der ursprüngliche Sybel'sche Entwurf, wie der jetzige Vincke'sche gefolgt. Zu einer Antwort auf die Thronrede ist aber gar kein Anlaß; sie ist keine Thronrede im engeren Sinne, sie ist ein ministerieller Akt; denn überall in derselben ist nur von der Regierung Sr. Maj. des Königs die Rede und hierauf ist keine Antwort an Se. Maj. den König nöthig. Ich würde mit einer Adresse ebenfalls mich einverstanden erklärt haben als einer Manifestation, nun ist aber der Antrag des Herrn v. Vincke und ein eingebrachtes Amendement gekommen, und damit ist uns eine Debatte in Aussicht gestellt, welche sich von dem vorgesteckten Ziele weit entfernt. Mit Phrasen läßt sich nichts abmachen; deshalb fürchte ich die Debatte. Beschließen Sie sie dennoch; treten dann Zwiespalte zu Tage, so hat die Regierung keine Berechtigung, daraus zu schließen, daß eine Aenderung in der Gesinnung des Landes eingetreten sei. Sind Angriffe gegen die Rede des Präsidenten vorgekommen, so gereichen sie ihm zur höchsten Ehre. Das Ministerium hat durch seine Erlasse die Prärogative der Wähler angegriffen; das müssen wir rügen, aber es ist nicht der richtige Weg, deshalb in einer Adresse die Minister bei Se. Maj. dem Könige zu verklagen. Verlangt das Land, die Deputirten sollen sich aussprechen, so kann dies doch nur über die brennenden Fragen geschehen; also zuerst über den Ausbau an der Verfassung. Die Adresse kann aber höchstens durch Reden den Gegenstand berühren; damit aber ist der Gegensatz zwischen uns und dem Ministerium nicht aufgedeckt. Das Land verlangt ferner klaren Wein über die Militärfrage. Diesem Verlangen können wir jetzt noch nicht entsprechen, denn die Grundlagen sind uns noch nicht mitgetheilt. Es wäre also voreilig, ja unpassend, jetzt schon ein Urtheil abgeben zu wollen, ja auch nur ein Wort darüber zu sagen. Die auswärtigen Fragen in diesem Augenblicke zu berühren, würde zu weit führen. Nach reiflicher Ueberlegung stimme ich aus allen diesen Gründen gegen den Erlaß einer Adresse.

Abg. v. Gottberg (gegen den Erlaß einer Adresse): In der beabsichtigten Adresse will man dem Ministerium ein Mißtrauensvotum geben; darum stimmen wir (meine politischen Freunde und ich) gegen die Adresse. Adressen haben in Preußen bis jetzt wenig Glück gemacht; sie regen Leidenschaften auf, nehmen viel Zeit weg, kosten Geld und von der Adreßdebatte hat man bis jetzt wenig Resultate im Lande gemerkt. Die Parteistandpunkte sind bei den Wahlen in ungewöhnlicher Weise vertreten worden; Versöhnlichkeit wäre besser am Platze gewesen. Ich habe vergeblich in dem Gutachten der Kommission nach Gründen wegen des Erlasses einer Adresse gesucht; in dem Wortlaut der Adresse selbst findet man als Gründe: die Wahlerlasse und daß man ein Mißtrauensvotum über die Minister habe abgeben wollen. Die Lage des Landes ist ernst und bedenklich, aber wir suchen sie in etwas Anderem, wie die Fortschrittspartei. Wir würden also auch Worte an den Thron richten wollen, aber sie würden anders lauten, als die der Fortschrittspartei. (Heiterkeit!) Wir würden aufmerksam machen auf den Geist, der an vielen Stellen in Europa die Autorität der legitimen Fürsten untergräbt, daß da ein festes Verhalten der Regierung Noth thut u. s. w. Ob unsere Adresse die Majorität des Hauses für sich haben würde, ist mir zweifelhaft, im Lande aber ist eine große Partei, welche diese Adresse unterschreiben würde. Spricht man aber von der Lage des Landes, so müßte man auch anderer Dinge erwähnen, der Handelspolitik, der kurhessischen Frage u. s. w. Die Aufgabe einer Adresse ist, einen Schritt zur Versöhnung zu thun und die von der Krone dargebotene Hand zu ergreifen. Dies ist nicht geschehen und darum muß der beabsichtigte Zweck ein anderer sein. Wenn die Fortschrittspartei von der Lage des Landes spricht und sich mit der Lage des Landes identifizirt, so spricht sie eigentlich von ihrer eigenen Lage. Auf die Dauer, so hat diese Partei gefühlt, würden diejenigen, die sich schon im Jahre 1848 bemerkbar gemacht haben, ihren Standpunkt nicht behaupten können; darum will sie den König der Treue und Anhänglichkeit versichern. In der Adresse ist nicht die Form der Versicherung gewählt worden; man hat eine kategorische Erklärung hingestellt. (Der Redner richtet seine ferneren Angriffe ausschließlich gegen die Fortschrittspartei.) Der König ist ein versöhnlicher Herrscher, er ist nicht bloß konstitutioneller Fürst. Man muß ihm also die Freiheit lassen, über die Adresse zu denken, wie er will. Ich gehöre nicht zu denen, welche Oel ins Feuer gießen wollen, aber ich lasse mich durch Gefühlsäußerungen nicht täuschen, nicht durch solche, welche die Fortschrittspartei jetzt an den Tag legt. Man weist auf die Wahlerlasse und die darin befindliche Unterscheidung zwischen parlamentarisch und königlich hin. Meine Herren! Ich habe diese Wahlerlasse auch bekommen und das nicht darin gefunden, was Sie gefunden haben. (Heiterkeit.) Man hat mir diesen Gegensatz nicht aufweisen können. (Der Präsident unterbricht den Redner, indem er ihn ermahnt, sich an die Sache zu halten.) Ich muß dem Herrn Präsidenten Recht geben, indeß es hat seine Schwierigkeiten, nicht auf diese Wahlerlasse zurückzukommen, da sie ja hauptsächlich Gründe für die Adresse liefern sollen. Ich werde deshalb lieber meinen Vortrag unterbrechen und ihn später aufnehmen. (Heiterkeit.)

Abg. Löwe: Meine Herren! Mehr als je ist die Nothwendigkeit vorhanden, durch eine Adresse die Meinung des Landes auszusprechen. Zum ersten Mal betrete ich diese Tribüne als Abgeordneter des zweiten Mindener Wahlbezirks; Niemand in diesem Bezirk, der sich namentlich durch einen selbständigen Bauernstand auszeichnet, ist darüber im Zweifel, daß es nothwendig sei, ein klares Urtheil über den verwirrten Zustand des Landes zu gewinnen, in dem jedes ehrliche Gemüth sich bedrückt fühlt. Wir hegen das Bewußtsein, daß wir trotz vielfacher Verkennung und Bedrückung es niemals an treuer Liebe zum Vaterlande haben fehlen lassen, daß aus unserem Schooße nie ein gemeiner Verrath an König und Vaterland hervorgegangen. Daher müssen wir ein offenes Wort an das Ohr unseres Königs richten, jetzt, wo unverkennbar der innere Feind sich wieder regt, der von jeher bei uns die Quelle alles Uebels war, jener innere Feind, der 1806 das Vaterland ins Verderben stürzte. Wir erkennen die Verfassung nicht als ein Produkt doktrinärer Begriffe, sondern als einen Bund, der allein die naturgemäße Harmonie zwischen König und Volk anfrecht erhalten kann. Es ist daher für uns ein falsches und nichtssagendes Gerede, wenn man behauptet, daß durch die Landesvertretung eine Vielregiererei herbeigeführt werde. Es ist keine Vielregiererei, wenn das Volk die Männer seines Vertrauens beruft, um sie dem Könige als Rathgeber an die Seite zu stellen. Wo dieser Rath nicht zur Geltung kommt, die Behörden nicht Verfassung und Gesetz beachten, da entsteht Vielregiererei. Freudig begrüßten wir vor 13 Jahren die Verfassung, mit Resignation ertrugen wir die Mißregierung, welche sie verkümmerte. Als daher das Wort unseres Königs erscholl, daß die Verfassung eine Wahrheit werden solle, da hegten wir die Hoffnung, daß die alten Organe gewechselt werden würden, daß das Herrenhaus, dieses widerstrebende Element zwischen König und Volk, in die Unmöglichkeit versetzt werden würde, die Entwicklung des Landes zu hindern. Aber diese Hoffnung ist nicht erfüllt, es ist gelungen, die Worte des Königs illusorisch zu machen. (Der Präsident unterbricht den Redner und bittet ihn, sich an die Sache zu halten; dieser fährt in allgemeinen Betrachtungen über die Lage des Landes, das Auftreten der Minister fort und verzichtet endlich nach erneuten Mahnungen des Präsidenten auf das Wort.) Abg. Dr. Siebelt erklärt sich gegen eine Adresse, da die für eine solche von der Majorität aufgestellten Gründe ihn und seine politischen Freunde (der Redner gehört zur polnischen Fraktion) nicht überzeugt haben. Der Redner verliert sich in eine Ausein- Auseinandersetzung über die Lage seiner, der jüngsten Provinz Preußens, die noch vor 50 Jahren einem Lande angehört, das eine 1000jährige Geschichte besitze. Seine näheren Ansichten verspricht er bei der späteren Debatte zu entwickeln. Es ist ein Antrag auf Schluß eingebracht, derselbe wird abgelehnt. — Abg. Schulze (Berlin) verzichtet auf das Wort.

Abg. Hennig-Strasburg (für die Adresse): „Wenn das Haus eine Adresse beschließt, so darf es nicht den in anderen Ländern gebräuchlichen Weg einschlagen. In Frankreich ist eine Adresse eine Paraphrasirung der Thronrede, in England betrachtet man die Antwort auf die Thronrede als eine bloße Höflichkeitsform. In diesem Hause ist es schon oft vorkommen, daß diese Wege nicht verfolgt worden sind; häufig sind die Thronreden gar nicht beantwortet worden, nur in wichtigen Fällen muß man von dem Rechte einer Adresse Gebrauch machen. Der Redner geht auf die Vorgänge in den letzten Zeiten über. Ebenso wie die Räthe der Krone dem Lande die Lage schildern, ganz so werden sie auf Se. Maj. den König einwirken. Der Abgeordnete für Stolp irrt sich, wenn er meint, die Adresse sei eine Adresse der Fortschrittspartei; er ist nicht berechtigt, von den Führern der Fortschrittspartei zu sprechen. Die Fortschrittspartei hat keine Führer, sie ist auf Grund eines Programms zusammengetreten. Der König muß die Wahrheit erfahren und dann können wir Nichts anderes sagen, als das, was wir für wahr halten. Gewiß kann das Ministerium nur nach seinen Thaten beurtheilt werden; das thun wir auch; die Wahlerlasse sind Thaten des Ministeriums. Danach beurtheilen wir das Ministerium, das sich das Ministerium Manteuffel zur Richtschnur genommen hat. Dies letztere hat auch die von der Nationalversammlung beschlossene Verfassung hinterher oktroyirt; das ist ein alter Koup, und darum hat es nicht viel auf sich, wenn die Regierung jetzt Alles nachgiebt. Nur in einer Hinsicht findet ein Unterschied statt. Herr v. Westphalen hielt seine Wahlerlasse aufrecht, Herr v. Jagow nicht. Wir haben unsere eigenthümlichen Verhältnisse und diese wollen eine Adresse, auf daß der König in loyalen Worten die Wahrheit erfahre. Unsere Könige haben die Absicht, die Gesetze zu halten und der König hat gesagt, auf den Rath der Landesvertretung hören zu wollen. Geben wir ihm diesen Rath, er wird ein williges Ohr finden." — Ein erneuerter Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Abg. Osterrath (gegen eine Adresse) hat heute schon viel Pulver gerochen, obgleich in der Kommission gesagt worden, daß man nicht gleich all sein Pulver verschießen müsse. Die Sache liegt jetzt schon ganz klar. Ich bin gegen die Adresse, weil die Thronrede nicht vom König gehalten worden ist. Auch ist es nicht zweckmäßig, wie dies in der Adresse geschehe, sich über das Herrenhaus auszusprechen. Wenn sich das Herrenhaus so über uns ausspräche, kann dies nicht zur Einigung führen. — Abg. Pflücker erklärt sich ebenfalls gegen eine Adresse. Es ist unzuträglich, jetzt noch immer auf das Jahr 1848 zurückzuweisen, wie dies hier geschehen. Damals bestand noch keine Verfassung, jetzt

(Fortsetzung in der Beilage.)

---

die Leiche des Grafen Alexander Przyma v. Przyjemski, Kron- und Reichsmarschalls von Polen. Die Leiche war vollkommen unversehrt (ist es auch heute noch) und so sprechend ähnlich, daß man das in der Kirche befindliche Bild des Przyjemski sofort herausfinden konnte. Przyjemski war 1694 in einem Alter von 62 Jahren gestorben. (Die Leiche fühlt sich heute pergamentartig und nachgiebig an und die Hautfarbe fällt ins bräunliche). Die aufgefundenen Grabschriften bekunden, daß der Verstorbene hohe Liebe und Achtung genossen hatte. Seine Leiche blieb im Gewölbe unter der Hofkapelle, während die übrigen Särge am südwestlichen Theile des Kirchthurmes beigesetzt wurden, wobei 62 Geistliche den Exequien beiwohnten und der Kanonikus Gomulinski zelebrirte. — Ebenso fanden sich noch die Inschriften der Theresia, Gräfin Czekarzewiec Fartowna, des Grafen Wladislaus v. Przyjemski, eines unter Johann Sobieski rühmlichst erwähnten Helden, der am 12. Februar 1691 unter August II. starb, sowie die der Catharina Przyjemska vor.

1757 ließ der Kanonikus v. Mirowski, als Probst von Koźmin, auf eigene Kosten die hiesige Pfarrkirche durchaus repariren, verschönern und den Fußboden mit Fließen belegen, ingleichen die Probsteigebäude vergrößern. Am 11. September wurde in der heiligen Geistkirche (sie existirt nicht mehr) ein durch den Pabst Pius VI. eingesandter Knochen des heiligen Valentin unter dem Altarbilde dieses Märtyrers niedergelegt und dabei ein Ablaß eingesetzt.

Kleinere Mittheilungen.

M — [Der Parademarsch ist todt; es lebe die Kriegstüchtigkeit.] Man soll nie undankbar sein, und wenn man vom Feinde gelernt hat, demselben auch bereitwillig die Priorität überlassen. So geht es uns in Preußen. Dem geschmähten Napoleon, nicht dem großen Schlachtenkaiser, sondern dem jetzigen, der allerdings bei Magenta ein Epaulette verloren, gebührt das Verdienst, in der preußischen Armee den Parademarsch abgeschafft zu haben. Was war das früher auf den Exerzierplätzen für ein steifes Leben! „Stillgestanden", „Richt't Euch", „Gewehr auf", „Achtung! Präsentirt das Gewehr!" „Achtung! Gewehr auf d'Schulter!" „Parademarsch; der erste Zug gerade aus, mit Zügen" ꝛc. Um diese Kommando's drehte sich das ganze Exerzitium. Da wurden die Zuaven erfunden und die Erfindung bewährte sich ganz vortrefflich. Man vernahm und staunte, daß die Leute Soldaten, gute Soldaten sein könnten ohne Parademarsch — mirabile dictu — vielleicht gar ohne Richtung, Weisheit des Lederzeuges, Aufrichtigkeit des Gewehrs, Sitzsamkeit der Hosen, und Miransicht — horribile dictu.

Diese Erfahrung ist erst drei Jahre alt und welche Früchte hat sie bereits getragen! Man sah auch in Preußen ein, daß man zeitgemäße Reformen einführen müsse, und zuavisirte die Truppen.

Ein Freund unseres Blattes berichtet uns aus Magdeburg ein ganz famoses Stücklein unserer Infanterie. In vollständiger Marschausrüstung, den Helm auf dem Kopfe, den Affen vulgo Tornister auf dem Rücken, Gewehr in der Hand, hat eine Kompagnie binnen 3½ Minuten folgende Hindernisse genommen: pro primo einen sechsfüßigen, senkrecht abgestochenen Graben, pro secundo eine erste Pallisadenwand, 8' hoch, die Pallisaden ½' von einander, pro tertio eine zweite 8' hohe geschlossene Pallisadenwand, pro quarto ein Haus mit sanft geneigtem Dache, das Dach 10' über der Erde beginnend. Natürlich stand der geschicktere dem weniger geübten Kameraden freundlichst bei: die ersten — die besten; der letzte der allerbeste.

Auch der Spaziergang einer feldmäßig ausgerüsteten Kompagnie (die Herren Offiziere und der Feldwebel eingetreten) von den Fenstern der Kaserne, mittelst eines Taues, nach dem gegenüber befindlichen Walle muß höchst interessant ausgesehen haben. Seiltänzermäßig ist die Kompagnie freilich nicht gelaufen, sondern jeder hat gesehen, wie er am bequemsten das Tau benutzen könne.

Du lieber Gott, wenn einer der korporalstocktragenden Unteroffiziere von ehemals aufstände und das sehen müßte, wie würde er den Kopf schütteln über die Verderbtheit der Welt, wie würde er sich glücklich schätzen, noch in der alten, guten Zeit gelebt zu haben.

Sei dem wie ihm wolle, wir wünschen der Armee zu diesem Fortschritt Glück und rufen:

der Parademarsch ist todt; es lebe die Kriegstüchtigkeit!

Aus dem Meseritzer Kreise, 1. Juni. Ein für Alterthumskunde und Geschichte wichtiger Fund ist in diesen Tagen auf dem Territorium des dem Lieutenant v. Gersdorff gehörigen Rittergutes Bauchwitz gemacht worden. Arbeiter, welche mit dem Ausbrechen von Feldsteinen zum Bau beauftragt waren, stießen einige Fuß unter der Erddecke auf beinahe vollständig gepflasterte Stellen, nach deren Aufbrechen sie eine große eiförmige Urne von etwa 1½ Fuß Höhe und 1 Fuß Durchmesser in der Mitte vorfanden, in welcher sich Knochen und Metallzierrathen befanden, und um welche herum kleinere Urnen oder Näpfchen aus gebranntem Thon, mit Figuren verziert und von sehr gefälliger Form, standen. Es sind erst drei Gräber vorgefunden und geöffnet worden, wobei die größeren Urnen, die nicht gebrannt zu sein scheinen, theils zerbrochen, theils zerfallen sind. Es sollen nunmehr, da an der Stelle, wo diese Gräber gefunden worden sind, ein ganzer Begräbnißplatz in vorchristlicher Zeit gewesen zu sein scheint, Nachgrabungen unter gehöriger Leitung vorgenommen werden. (D. P. Z.)

* Rudolph Genée, bis vor Kurzem Redakteur des Feuilletons der „Danziger Zeitung", zuletzt in Berlin, ist nach Koburg übergesiedelt, um die dortige offizielle Zeitung zu übernehmen. Sein Vorgänger war Robert Giesecke.

* Breslau, 31. Mai. [Gute Kameradschaft.] Zwischen den preußischen und östreichischen Offizieren der Festungen Glatz und Josephstadt herrscht schon seit langer Zeit ein sehr kameradschaftlicher geselliger Verkehr. Am 22. d. M. fand eine Zusammenkunft der Offiziere beider Festungen in dem böhmischen Städtchen Nachod statt, bei welcher etwa 80 Kameraden beider Heere vereinigt waren. Die Oestreicher hatten die 60 Mann starke Kapelle des 30. Inf.-Regts. F.-M. Graf Nugent mitgebracht, welche die Preußen mit der preußischen Nationalhymne begrüßte. In der heitersten und frohesten Weise verkehrten die Offiziere mit einander während des gemeinschaftlichen Diners und des Konzerts, welches auf dem Marktplatze stattfand; Abends war ein Ball arrangirt, der die Festgenossen lange zusammenhielt.

* Aus Holstein, 25. Mai. [Beichte auf dem Todtenbett.] Ein kürzlich in Helsingör verstorbener Unteroffizier soll seinem Seelsorger gebeichtet haben, daß er im Jahre 1850 das Laboratorium in Rendsburg in die Luft gesprengt habe, bei welcher Gelegenheit über 70 Personen ihr Leben einbüßten. Er habe den General Willisen, der gerade dort Inspektion gehalten, auf diese Weise tödten wollen. Niemand wußte bisher die Entstehungsursache des Unglücks.

(Beilage.)

besteht sie! Was würden die Herren, die immer von 1848 sprechen, sagen, wenn man ihnen bemerklich machte, daß sie jetzt zwar die Verfassung im Munde führen, damals aber gegen das Zustandekommen agitirten. — Die Debatte ist geschlossen. Die Vorfrage, ob eine Adresse an den König erlassen werden soll, wird mit großer Majorität bejaht. Dagegen die Katholiken, die Polen u. s. w.

Ehe das Haus in die General-Diskussion eintritt, werden die eingebrachten Amendements verlesen; der v. Vincke'sche Gesetzentwurf wird hinreichend unterstützt, ebenso die von v. Sybel und v. Reichensperger (Köln) eingebrachten Amendements. (Siehe unten.) Abg. Bresgen und Genossen will, daß Alin. 6, Satz 3 heißt: „Es ersehnt den Erlaß der zum Ausbau unserer Verfassung, zur Begründung einer selbständigen Gemeinde und Polizeiverwaltung und zur höheren Entwickelung der Volkskraft nothwendigen Gesetze, die Zurückführung der Steuerlast auf ein der Gesammtsteuerkraft des Landes entsprechendes Maaß. Auch dies Amendement wird hinreichend unterstützt. — Der Präsident giebt das Wort dem Finanzminister Herrn v. d. Heydt:

Das Staatsministerium hat sich bei der Diskussion über die Vorfrage, ob eine Adresse zu beschließen sei oder nicht, einer Betheiligung enthalten zu sollen geglaubt. Es kann dem Staatsministerium nur willkommen sein, wenn das hohe Haus sich gedrungen fühlt, in einer Adresse an des Königs Majestät den Gefühlen der Ehrfurcht und der Treue Ausdruck zu geben. Ob der von der Kommission vorgeschlagene Entwurf oder ob die heute im Wege der Amendements eingebrachten Entwürfe diesem Zwecke entsprechen, wird das hohe Haus zu erwägen haben. Der Kommissionsentwurf gedenkt weder des Allerhöchsten Erlasses vom 19. März d. J. noch der bei Eröffnung der Session im Allerhöchsten Auftrage verlesenen Thronrede. Er findet kein Wort für die huldvollen Kundgebungen Sr. Maj. des Königs. Bei der Darlegung der Lage des Landes giebt er weder für die unverkennbaren Erfolge unserer auswärtigen Politik, noch für das durch die offenkundigsten Thatsachen bestätigte Wachsen der öffentlichen Wohlfahrt ein Interesse zu erkennen. Ob ein solches Schweigen mit dem Zwecke der Adresse übereinstimme, kann das Staatsministerium nur der unbefangenen Erwägung des hohen Hauses anheimgeben. Das Staatsministerium muß sich beim Beginn der Debatte vorzugsweise gegen die Annahme verwahren, daß seinerseits irgendwo die in dem Kommissionsentwurf bekämpfte Unterstellung gemacht sei, als ob ein großer Theil der Volksvertretung und der preußischen Wähler sich feindlicher Eingriffe in die Rechte der Krone schuldig und anarchischer Umsturzgelüste verdächtig gemacht habe. Aus keinem Akte der Staatsregierung ist eine solche Beschuldigung zu entnehmen. Allerdings hat das Staatsministerium es als seine unerläßliche Pflicht erkannt, die Rechte der Krone mit Entschiedenheit zu wahren und nicht zuzugeben, daß der Kraft des königlichen Regiments, auf welcher Preußens Größe und Wohlfahrt wie Preußens Zukunft beruht, zu Gunsten einer sogenannten parlamentarischen Regierung Abbruch geschehe. Das Staatsministerium hat sich in diesem Punkte in offenen Gegensatz gestellt gegen jede Partei, deren Bestrebungen auf die Verlegung des Schwerpunktes der Staatsgewalt in die Volksvertretung gerichtet sind. Auch hierin befindet sich das Ministerium seiner gewissenhaften Ueberzeugung nach im vollen Einklange mit der Verfassung. Es hat sich der Erkenntniß nicht verschließen dürfen, daß die Erweiterung des Einflusses und der Macht eines Faktors der Gesetzgebung nicht erstrebt, der Schwerpunkt des Regiments nicht verschoben werden kann, ohne zugleich jede segensreiche Wirkung der Verfassung in Frage zu stellen. Nach der Ueberzeugung des Staatsministeriums legt die Verfassung jedem Faktor der Gesetzgebung die Verpflichtung auf, nicht durch den rücksichtslosen Gebrauch seiner besonderen Rechte die Grundbedingungen des preußischen Staatslebens zu gefährden. An diese Wahrheit hat das Staatsministerium erinnert, indem es der Entwickelung eines parlamentarischen Regiments die ungeschwächte Erhaltung des königlichen Regiments gegenübergestellt hat. Gegen die Mißdeutung, daß hiermit ein nicht verfassungsmäßiger Gegensatz zwischen „Königthum und Parlament" aufgestellt worden sei, muß sich das Staatsministerium entschieden verwahren. In dem verfassungsmäßigen Preußen giebt es kein Königthum ohne Landesvertretung, aber auch keine Landesvertretung ohne Königthum. Das Staatsministerium hat im Bewußtsein voller Loyalität und Verfassungstreue gehandelt, als es nach der berechtigten Entschließung des erhabenen Trägers der Krone die Leitung der Geschäfte in einem Zeitpunkte übernahm, wo unverkennbar eine nicht gewöhnliche Erregung der Gemüther herrschte, wo namentlich im Drange nach raschen Erfolgen die politischen Parteien theils in der Zersetzung, theils in der Umbildung, theils in der kaum begonnenen Entfaltung begriffen waren. Angesichts dieser Zustände mußte das Ministerium seinen ersten Beruf in der Hingebung an die großen, von der jeweiligen Parteigestaltung unabhängigen, unwandelbaren Aufgaben jeder preußischen Regierung erblicken. Es konnte nicht gewillt sein, die Lösung dieser Aufgaben von dem ferneren Verlaufe der Entwickelung der politischen Parteien abhängig zu machen, und mußte deshalb nur um so mehr die Nothwendigkeit erkennen, die Einheit und energische Zusammenfassung des ganzen Verwaltungsorganismus, für dessen kräftige und heilbringende Aktion das Ministerium die Verantwortlichkeit trägt, gegen ein unzuträgliches Eingehen auf regierungsfeindliche Wahlagitationen sicher zu stellen. Die Staatsregierung weist mit aller Entschiedenheit den Vorwurf zurück, den erhabenen Namen Sr. Majestät des Königs auf ungehörige Weise in den Streit der Parteien gezogen zu haben. Sie hat nur die Pflicht erfüllt, dem Lande die Entschließungen Sr. Majestät kund zu thun und einer das zulässige Maß überschreitenden Verwickelung der besonderen Organe der königlichen Exekutive in die Agitationen der Parteien vorbeugen wollen. Die freie Ausübung des Wahlrechts ist den Beamten nicht verkümmert worden. Das Staatsministerium ist sich der Verpflichtung bewußt, dem Lande den Segen einer gerechten, thatkräftigen und wohlwollenden Verwaltung, frei von jeder tendenziösen Hemmung der freien Entwickelung geistiger und materieller Interessen, zu erhalten. Es wird daher, den Allerhöchsten Intentionen gemäß, in freisinniger, aber besonnener Weise die weitere Durchführung der Verfassung zu fördern und die Schwierigkeiten, welche auf diesem Wege liegen, mit Ruhe und Festigkeit zu überwinden haben. Es wird die verfassungsmäßigen Rechte der Krone pflichtgemäß wahren, die Rechte beider Faktoren der Landesvertretung mit Loyalität und Gewissenhaftigkeit achten und jede eintretende Differenz im Geiste gemeinsamer Hingebung für Thron und Vaterland zu schlichten sich angelegen sein lassen, in der unerläßlichen Voraussetzung, auch bei der Landesvertretung gleicher Gesinnung zu begegnen. Das war der Standpunkt der gegenwärtigen Regierung, als sie die Leitung der Geschäfte übernahm. In diesem Geiste ist der Landtag berufen und eröffnet worden. In diesem Geiste wird die Staatsregierung ihre Aufgabe ferner zu lösen trachten, unbeirrt durch die einseitigen Bestrebungen der Parteien, wie durch die falsche Auffassung ihres Standpunktes und ihrer Handlungen. — Redlich bemüht, diese zu berichtigen und jene zu bekämpfen, hält das Staats-Ministerium an der Hoffnung fest, zum Heil des Vaterlandes das Vertrauen zu rechtfertigen, durch welches dasselbe in entscheidender Stunde berufen worden ist.

Der Referent Abg. Twesten: Aus den Gründen, die für den Erlaß einer Adresse sprechen, ergab sich auch der Charakter derselben. Wir glaubten, daß wir zwar an die Eröffnung des Hauses anknüpfen müßten, hielten es aber nicht für gerathen, auf die einzelnen Punkte der Thronrede einzugehen. Wir waren nicht der Meinung des Finanzministers, daß dies eine falsche und einseitige Auffassung, sondern, in der ungewöhnlichen Lage in der wir uns befinden, die einzig richtige sei. Es mußte von vorn herein über die Stellung des Abgeordnetenhauses Klarheit gewonnen und dasselbe gegen die ihm gewordenen Angriffe vertheidigt werden. Ein Eingehn auf Einzelheiten, wie die Militärfrage, wurde nicht für räthlich erachtet. Der Redner macht dem Hrn. v. Patow den Vorwurf, das Recht des Landes preisgegeben zu haben, indem er dem Abgeordnetenhause die Controlle über die Etats verkürzen wollte. Auch habe er sich durch sein Auftreten als vorsitzender Minister den Ansichten der Herren v. Kleist-Retzow und v. Bismarck-Schönhausen, wie sie diese im Jahr 1851 ausgesprochen, angeschlossen, wonach das Budget weiter geht, wenn auch keine Einigung darüber mit der Landesvertretung erzielt worden. Darnach wäre eine solche überhaupt unnöthig. In Betreff der hessischen Frage entwickelt der Redner die Ansichten der Commission, wonach dieselbe in der Adresse nicht berührt werden soll. Nach dem bisherigen Vorgehen der Regierung könne man derselben noch keine Anerkennung aussprechen. Anfangs schien es, als solle es zu einer selbstständigen Aktion Preußens kommen, dann ging man mit Oestreich und dem Bunde zusammen, klar ist das Vorgehen überhaupt noch nicht. Auch nicht in Betreff des hessischen Wahlgesetzes ist man im Klaren, die Regierung erklärt zwar, dem Wahlgesetz nicht entgegen zu sein, hält aber das von 1831 für angemessener und will die Entscheidung von der Einigung der Regierung und des Volkes in Hessen abhängig machen. Damit ist aber Alles in Frage gestellt. Ebenso verhält es sich mit der Einführung der Verfassung von 1831 unter Vorbehalt des Ausschlusses der bundeswidrigen Bestimmungen derselben. Auch hier walte Unsicherheit und Unklarheit, und es sei die endliche Erledigung der hessischen Frage noch nicht abzusehen. Solle noch das Fortbestehen der Gesetze von 1852 ausgesprochen werden, wie die Regierung es wolle, so bleibe die Sache in der bisherigen Schwebe und Preußen habe abermals eine Niederlage erlitten. Nichtsdestoweniger habe die Commission auch keine mißbilligende Meinung aussprechen wollen, da ein Abschluß noch nicht vorliege. Noch weniger als die hessische, sei die deutsche Frage zu berühren gewesen. Man habe gesagt, Deutschland bedürfe erst der Einheit und dann der Freiheit. Aber die Einheit Deutschlands werde erst erreicht werden, wenn, wie in Italien die liberalen und die nationalen Parteien sich vereinigen. Alle Anhänger der Partikularbestrebungen seien Gegner der freiheitlichen Entwicklung und frohlocken, weil sie glauben, daß diese in Preußen gegenwärtig bedroht seien. Jedenfalls sei es gut, jetzt von moralischen Eroberungen in Deutschland zu schweigen. Die Adresse soll nicht eine bloße Loyalitätserklärung sein, sondern offen die Insinuation zurückweisen, daß bei der Reaktion allein Königstreue herrsche; sie sollte endlich der Ansicht Bahn brechen, daß bei allen Parteien sich Loyalität finde. Der Finanzminister bestreite, daß ein Druck auf die Freiheit der Wahl der Beamten geübt werde und behaupte, daß die jetzigen Erlasse nicht weiter gingen als diejenigen des Grafen Schwerin. Aber der Graf Schwerin hat sich nur an die Beamten gewendet, die mit der Wahl zu thun hatten, an die sogenannten politischen Beamten, und diese zur Unpartheilichkeit aufgefordert. Die gegenwärtigen Minister hätten aber alle Beamten für Gegner des Königs erklärt, die gegen das Ministerium stimmen würden. Sei dies etwa kein verfassungswidriger Druck auf die Wahlen? Der Redner giebt hierauf eine eingehende Kritik der einzelnen Erlasse der Regierung und der Behörden, wobei er auch auf die Parteilichkeit hinweist, mit welcher die sogenannte konservative Partei darin hervorgehoben sei, während jede andere freisinnige als demokratisch und regierungsfeindlich gebrandmarkt werde. Auch die Artikel der „A. P. Z." nach dem Eintritt des Ministeriums hätten sich in Angriffen gegen das Abgeordnetenhaus überboten, und wenn auch der Minister des Innern nicht verantwortlicher Redakteur der „A. P. Z." sei, so befinde letzterer sich mit dem Minister im vollkommensten Einverständnisse. Das Auftreten des Ministeriums in der Wahl-Angelegenheit sei eine offene Kriegserklärung gegen die Majorität des Abgeordnetenhauses und es habe damit unwiderruflich und für immer seine Stellung diesem und dem Volke gegenüber eingenommen. Die Kommission habe in der Adresse Alles ausgeschlossen, was nicht den Kern der Sache berühre, sie habe wahrhaft konservativ gehandelt, nicht konservativ im vulgären Sinne, sondern konservativ im Hinblick darauf, daß endlich ein Abschluß unseres verfassungsmäßigen Zustandes herbeigeführt werde. Seit dem bestehen der Verfassung sei ein Fortschreiten auf dem alten Wege nicht mehr möglich. Die liberalen Parteien verfolgen keine Hirngespinnste sondern feste Zwecke, die sie auch trotz aller Hindernisse erreichen würden. Unsere Verhältnisse seien nicht die gewöhnlichen konstitutionellen Verhältnisse. Darum nehme die Adresse auf die Beziehungen zwischen Se. Maj. dem Könige und dem Hause Rücksicht. Er hoffe, daß die Adresse von der großen Majorität des Hauses angenommen werden werde. (Beifall.)

Es sind für den Entwurf eingeschrieben: die Abgg. Groote, Dr. Virchow, Schulze (Berlin), Dr. Frese; dagegen: die Abgg. Vincke (Stargard), v. Sybel, Reichensperger (Geldern), Dr. Liebelt, v. Gottberg, Graf Bethusy-Huc, v. Sänger, Dr. Schubert, Reichensperger (Köln), Harkort, André. Es erhält das Wort: der Freiherr v. Vincke (Stargard): Nach einer kurzen Einleitung über seinen persönlichen Standpunkt geht der Redner auf die Gründe seiner Opposition gegen den Entwurf ein. Der Entwurf erscheint ihm ein eigenthümliches Bouquet. Die Hingebung an den König ist ein mit der Muttermilch eingesogenes Gefühl, welches im Hause Ausdruck finden mußte. Dieses Gefühl einmal ausgesprochen, konnte genügen; die Adresse hat aber übertrieben. Damit, daß sich die Adresse gegen den Vorwurf verwahrt, als wolle das Haus in die Prärogative der Krone eingreifen, ist nichts erreicht. Al. 7 verlangt nun mit versteckten Worten die Entlassung der Minister, und dies ist ein Eingreifen in die Prärogative der Krone. (Murren links.) Auch al. 8 ist zu tadeln. Es wird darin den Ministern eine höhere Stellung eingeräumt, als sie sich selbst vindiziren. Auf Sympathien können die Minister weder bei mir noch bei meinen Freunden rechnen, denn wir haben ihnen seit Jahren Opposition gemacht, als sie noch parlamentarisch thätig waren. Auf Antezedenzien allein kann man aber seine Opposition nicht gründen, zumal, seitdem wir gehört haben, daß die Herren Minister jetzt die allerliberalsten Vorsätze gefaßt haben. (Heiterkeit.) Die Wahlerlasse waren mehr als ein Vergehen, sie waren ein Fehler, und sie haben nicht einmal den Erfolg gehabt, den sich ein jeder Mensch bei seinen Handlungen wünscht. Uebrigens werden die Wahlskandale noch zur Sprache kommen. Aber auch der Adreßentwurf ist ein politischer Fehler, ja ein Uebergriff, denn wir haben nicht das Recht, ein Urtheil für immer auszusprechen, gerade wie wir es auch nicht nach seinen Antezedenzien beurtheilen können, sondern nur nach seinen Handlungen. Damals, als Herr v. Manteuffel aus Olmütz zurückkam, da hat das Haus den König bitten dürfen, das Ministerium zu entlassen, welches uns Tage der Schmach gebracht hatte. Heute handelt es sich nur um Wahlerlasse, dies sind keine so starken Gründe zu einem Mißtrauensvotum. Auch al. 2 erscheint mir nicht genau; die Polen erklären öffentlich, daß sie eine exklusive Stellung einnehmen, und von ihnen läßt sich nicht sagen, daß sie unsere Wärme des Gefühls theilen. In dem Ministerialerlasse ist ferner nur von der Theilnahme an einer Wahlagitation, nicht von der Ausübung des Wahlrechts die Rede. Das Ministerium hat den Beamten die Wahlagitation untersagt — und mit Recht. Glauben Sie, daß wenn ein Ministerial-Direktor hier in Berlin auftritt und ausspricht: „der Minister richtet den Staat zu Grunde", er demselben Minister kurz darauf seinen Vortrag halten kann? In solchen Fällen ist wohl kein geschäftliches Verhältniß möglich. Daß aber durch ein solches Auftreten der Eid gegen Se. Maj. den König verletzt werde, ist wieder zu weit gegangen. Der Berichterstatter behauptet, man habe das Haus anarchischer Umsturzpläne beschuldigt. Nirgends habe ich eine solche Beschuldigung in den Erlassen der Regierung gefunden. Eben so wenig habe ich Uebergriffe kirchlicher Art, seien es protestantische, sei es katholische, wie sie in der Adresse erwähnt werden, entdeckt. Sollte irgend ein unbedeutendes Individuum (Bewegung, Heiterkeit) sich solche Uebergriffe erlaubt haben, so ist es der Würde des Hauses nicht angemessen, dieselben zum Gegenstande einer öffentlichen Anklage zu machen. Ist nun vieles überflüssig in der Adresse, so fehlt dagegen Manches höchst Wichtige. Es verträgt sich nicht mit der schuldigen Achtung gegen Se. Majestät, wenn man ganz über die Eröffnungsrede hinweggeht, unter dem Vorgeben, es sei nicht nöthig, dieselbe zu berühren, da Se. Majestät das Haus nicht persönlich eröffnet habe. Konstitutionell muß man die Sache so ansehen, als habe Se. Majestät zu dem Hause durch seinen Mandatar gesprochen. Ganz unerläßlich ist es, die Einzelnheiten der Eröffnungsrede zu berühren. In der Kommission ist die Ansicht ausgesprochen, man habe nicht Vertrauen zu den Ministern und könne deßhalb nicht über die Maßregeln sprechen, die sie vorgeschlagen. Aber wenn man hier schweigt, wenn man sein Mißtrauen nicht offen äußert, sein Urtheil über die Maßregeln nicht offen abgiebt, so bleibt Se. Majestät ja ganz ungewiß über das, was das Abgeordnetenhaus denkt. Wie soll darüber im Auslande geurtheilt werden, wenn das Haus sich für die wichtigsten Fragen mundtodt macht? Stellt es sich dadurch nicht selbst ein testimonium paupertatis aus? Abgesehen davon, daß das Schweigen zugleich die Ehrfurcht gegen Se. Majestät verletzt. Die Vorlage des Budgets von 1863 ist etwas so Wichtiges, und über die Erreichung eines Zieles, für welches ich und meine Freunde schon zur Zeit der Reaktion gekämpft haben, sollen wir in der Adresse kein Wort sagen? Kein Wort darüber, daß das Ministerium von jeder Budgeterhöhung Abstand nimmt? Und eben so soll über die deutsche Frage nichts gesagt werden? Hier im Hause befinden sich einige der Führer des National-Vereins. Nichtsdestoweniger wollen diese in der Adresse der deutschen Frage nicht erwähnen. Nun, meine Herren, wir sind keine Mitglieder des National-Vereins, aber wir wollen die deutsche Frage nicht bei Seite gesetzt wissen. Nutzen wird es schon bringen, daß das hessische Volk weiß, es hat Freunde, die es nicht verlassen werden, und ich bürge, daß man in Hessen den entschiedensten Werth auf den Ausspruch dieses Hauses legt. Einer der berechtigsten Männer aus dem Hessenlande schreibt es mir. Und wir sollten diese Frage außer Spiel lassen? Bezüglich des Wahlgesetzes, ist allerdings dasjenige von 1849 das zu Recht bestehende, darüber ließe sich viel sagen, aber eine Adresse ist eben nur eine Adresse. Und schweigen soll man über den Handelsvetrag mit Frankreich? Sind wir den Männern im Auswärtigen- und Handelsministerium nicht Anerkennung schuldig? Sollen wir uns nicht freuen mit unseren Nachbaren in freundlichem Verkehr stehen zu können? Alle diese hochwichtigen Fragen aus persönlichen Motiven mit Stillschweigen zu übergehen, würde einen schlechten Eindruck im In- und Auslande machen. Ich bitte Sie, lehnen Sie den Entwurf ab. — Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten zeigt an, daß er den Wirkl. Leg.-Rath Dr. Hepke mit seiner Vertretung beauftragt habe.

Abg. Groote (der Redner ist wegen der Unruhe des sich stark leerenden Hauses schwer verständlich.): Mit Erstaunen haben wir wahrgenommen, daß die Minister in ihren Erlassen nicht dasjenige finden wollen, was allgemein darin gefunden wird. Sie erklären das, was jetzt vor sich geht, für vorübergehende Zeitströmungen, denen man mit Festigkeit gegenübertreten müsse. Aber es sind nicht leere Zeitströmungen, es ist das berechtigte Streben nach Humanität. Vergebens hat man den Geschäftsleuten durch die Erinnerungen an die ehemalige Demokratie einschüchtern, den pflichtgetreuen Beamten durch die Beschuldigung der Untreue bewegen wollen, anders zu wählen. Das Volk hat sich ausgesprochen und seine früheren Abgeordneten wiedergewählt. Darum ist es nöthig, in der Adresse die Wünsche und die Meinung des Landes offen an das Herz Sr. Majestät zu legen. Noch ist die Feder naß, welche die Wahlerlasse geschrieben, noch sitzt ihr Verfasser auf der Ministerbank und ich glaube nicht, daß er über Nacht konstitutionell geworden. Es ist eine Verläumdung, wenn man die Wahlergebnisse als das Resultat von Parteiumtrieben hinstellt. Es geht ein idealer Zug durch unser Volksleben. Die Regierung hat hierfür kein Verständniß, und es muß der Zweck der Adresse sein, die Meinung des Volks, die es durch die Wahl bekundete, offen aussprechen. Darum ist auch nur auf Verhältnisse bei den Wahlen Rücksicht zu nehmen und von allen Einzelheiten abzusehen. Wenn wir die deutsche Frage nicht berühren, so geschieht es, weil wir uns erst im Innern die Kraft schaffen müssen, nach außen für das deutsche Volk zu wirken. Die Regierung hat kein Verständniß für das Volk, für verfassungsmäßiges Leben, für die Strömungen der Zeit, die ganz Europa durchdringen. (Der Redner wird von dem ersten Vice-Präsidenten, der den Vorsitz übernommen, ermahnt, sich mehr an die Sache zu halten; er erklärt, daß seine Aeußerungen im im engsten Zusammenhange mit der Sache stehen.) Man darf die Volkskräfte nicht mißachten. Wie groß auch die Verdienste der Hohenzollern um Preußen sind, so hat doch auch das Volk die seinigen aufzuweisen. Schmerzlich empfindet man die fast affektirte Verachtung, mit welcher man den Volkskräften begegnet. Wenn die Regierung dieselbe nutzte, anstatt sie zu verdächtigen, wenn sie sich an die Spitze des Volks stellte, sie würde das Höchste leisten können. Aber man spricht von Revolution und Anarchie und unterläßt, das zu thun, was nothwendig ist und was die Geschichte dennoch vollziehen wird. — Der Redner wird abermals vom Vorsitzenden unterbrochen und an die Sache gewiesen, er hält indeß seine frühere Behauptung aufrecht und entwickelt seine Ansichten über die militärischen Verhältnisse des Landes. Namentlich rügt er die Vorgänge bei den Kontrollversammlungen. Der Kampf gegen den Widerstand, den man einem hochbegabten Volke bei Erreichung des hohen Zieles seiner Zukunft entgegenstelle, müsse fest durchgekämpft werden. — Ein Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.

Abg. v. Sybel: Ihn treffe der Nachtheil, dem jede Partei des Centrums gegenüber scharfen Gegnern von zwei Seiten her ausgesetzt sei. Sein Entwurf sei in der Kommission wesentlichen Modifikationen unterworfen worden. Er habe mehrere Punkte aus der Thronrede aufgenommen, welche die Kommission indessen fallen gelassen hat. Einen prägnanten Loyalitätsausdruck auszusprechen, halte er für nöthig. Wenn man gesagt, daß es überflüssig sei, wiederholt die Versicherungen seiner Loyalität abzugeben, so treffe das hier nicht zu. Man habe eben einen Zweifel an der Loyalität der Abgeordneten geäußert; man habe ihnen antimonarchische Tendenzen untergeschoben, und da sei es nothwendig, solche Angriffe abzuweisen. Es müsse das System geändert werden, wonach das Ministerium sich die ausschließliche Bestimmung der Loyalität vorbehalten hat. Man habe den Hagenschen Antrag zum Beweise dafür angeführt, daß das Haus im Streben nach parlamentarischer Regierung die Rechte des Königs verletzen wolle. Aber wenn eine solche Ansicht Geltung erhielte, so wäre es aus mit den Rechten der Volksvertretung. Die Thronrede sei in aller Form gehalten worden, und es wäre von Vortheil gewesen, sie Punkt für Punkt zu beantworten. In diesem Falle würde man an mancher Stelle Lob haben aussprechen müssen, doch wäre das noch immer kein Vertrauensvotum für die Regierung gewesen. Die Kommission habe eine andere Ansicht gehabt; sie habe mit Ausschluß aller anderen Gegenstände nur den großen Konflikt hervorgehoben wissen wollen, der bei Gelegenheit der Wahlen zum Ausbruch gekommen. In der That können aber, wenn auch die innere Frage die Hauptsache bilde, dennoch die Adresse die politische Situation nach außen wie nach innen kennzeichnen. Der Vorwurf, daß die Adresse Phrasen enthalte, müsse zurückgewiesen werden, ebenso der Vorwurf, als ob darin auf eine Entlassung des Ministeriums hingewirkt werde. Formell sei das Haus nicht berechtigt, ein solches Verlangen zu stellen; dasselbe habe aber das Recht, sich über die Lage des Staates auszusprechen und damit der Regierung anheimzugeben, was sie in Folge einer solchen offenen Aussprache beschließen wolle. Was die kurhessische Frage anbelange, so könne sie in der Adresse nicht unterdrückt werden; sie dränge sich von selbst hervor; sie nehme augenblicklich die ganze Situation in Anspruch, denn die hessische Frage ist die deutsche, und wer die hessische Frage in nationalem Sinne löst, bringt die deutsche Sache zum Austrag. Welches Interesse man auch für die holsteinische Sache haben möge, so müsse man sie jetzt doch ruhen lassen; nicht so die hessische. Diese sei unaufschiebbar geworden. Der Fels sei im Rollen und man müsse die Hand mit anlegen, daß er nicht in eine Richtung stürze, die unsere eigensten Interessen zerschmetterte. Man habe gesagt, die Frage sei noch zu unklar, um sich darüber auszusprechen; aber gerade, weil sie unklar, müsse das Haus offen seine Meinung sagen. Hier handle es sich nicht allein um das Recht, sondern auch um die Ehre Preußens! Er selber habe in Hessen sich davon unterrichten können, wie dieser kleine Volksstamm jahrelang alles Andrängen der europäischen Reaktion zurückgewiesen habe. Er habe die Ehre, einen Mann zu kennen, der schwach und krank, mit halber Lunge, kaum eines lauten Wortes mächtig, dem Kurfürsten Schach und Matt geboten. Auf die Frage, ob man es in Hessen wünsche, daß das preußische Abgeordnetenhaus sich über die hessische Frage ausspreche, antwortete dieser Mann: „Natürlich würden wir es wünschen; wie soll es uns nicht freuen, wenn ein mächtiger deutscher Bruderstamm sein warmes Herz uns entgegenträgt; aber", fügte er hinzu, „wenn es nicht geschähe, so würde es uns nicht rühren, denn seit 10 Jahren haben wir gelernt, auf alles Aeußere, auf alle Hülfe von Außen, auf alles Rasche zu verzichten; wir wissen, daß wir siegen, wenn wir festhalten an unserer Sache." Müsse man solcher Gesinnung nicht jede Unterstützung gewähren? Vom Bundestage wolle Hessen nichts wissen. Von ihm heiße es: timeo Danaos et dona ferentes. Bei der späten Stunde sei es nicht mehr räthlich und möglich, die politische Seite der Sache zu erörtern. Eines stehe jedoch fest, in der kurhessischen Sache sei die Ehre Preußens ver-

ckändet und noch nicht eingelöst, und darum habe die preußische Landesvertretung die Pflicht, unerschütterlich ihre Meinung auszusprechen, damit man ihr nicht den Vorwurf machen könne, sie sei zusammen gewesen und habe nicht dieses hochwichtigen Gegenstandes Erwähnung gethan. So weit sei es auf preußischem Boden noch nicht gekommen, daß die inneren Fragen alles Interesse verschlungen und jedes Mitgefühl mit fremden Leiden unterdrückt habe. Der Redner verliest einige Zeilen aus dem Briefe ans Kurhessen, der ihm zugegangen: Es heißt darin: „Wenn ich König wäre, ich hälfe diesen armen Kurhessen, die zu schwach und zu brav sind, sich selbst zu helfen, und ich bin gewiß, daß ich nie einen besseren Schlaf thun würde, als in der Nacht, die auf den Tag folgte, wo ich ihnen ihr Recht zurückgegeben." (Bravo!) — Hier wird die Debatte abgebrochen und auf Morgen um 10 Uhr vertagt. Schluß der Sitzung 3½ Uhr.

— Der Abänderungsvorschlag des Abg. v. Sybel und Genossen lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, das Alinea 6 des Adreß-Entwurfs der Kommission folgende Fassung zu geben: „Allerdurchlauchtigster König und Herr! Es besteht keine gefahrdrohende Aufregung der Gemüther. Daß preußische Volk hat sich nicht verändert. Es vereinigt mit der alten Hingebung an die Krone eine feste und besonnene Anhänglichkeit an sein verfassungsmäßiges Recht. Es ersehnt im Innern den Erlaß der zum Ausbau unserer Verfassung und zur höheren Entwickelung unserer Volkskraft nothwendigen Gesetze, die Sicherung des Staates und der Schule gegen kirchliche Uebergriffe, die verfassungsmäßige Beseitigung des Widerstandes, welchen bisher ein Faktor der Gesetzgebung diesem Verlangen entgegengestellt hat. Es ersehnt nach Außen eine kräftige und vorwärtsschreitende Politik, welche Ew. Majestät erhebende Erklärung vom 9. November 1858: „Die Welt muß wissen, daß Preußen überall bereit ist, das Recht zu schützen", in vollem Umfange verwirklicht; es begehrt also in Wiederholung seiner früher ausgesprochenen Ueberzeugung, daß, mit allen Mitteln auf die Herstellung des verfassungsmäßigen Rechtszustandes in Kurhessen, insbesondere auf eine sofortige Berufung der hessischen Volksvertretung auf Grund der Verfassung vom 5. Januar 1831, der in den Jahren 1848 und 1849 dazu gegebenen Erläuterungen und daran vorgenommenen Abänderungen und des Wahlgesetzes vom 5. April 1849 hingewirkt, daß damit unser eigener Rechtszustand gesichert und die Ehre und die Interessen Preußens als europäischer Großmacht gewahrt werde."

Lokales und Provinzielles.

Posen, 5. Juni. [Ernennung.] Der Regierungs-Assessor Hahn zu Erfurt, bis vor Kurzem Verweser des Landrathsamtes zu Samter, ist zum Landrath des Obornicker Kreises ernannt worden.

— [Die Posener Rentenbank] hatte am 1. April d. J. folgende Resultate erzielt: an diesem Tage waren an Renten übernommen zu 9/10 des Betrages der vollen Rente aus der Staatskasse 17 Thlr. 3 Sgr., von Privaten hingegen 982 Thlr. 15 Sgr., zusammen 999 Thlr. 18 Sgr.; an voller Rente 143 Thlr. Die Berechtigten haben dafür als Abfindung erhalten in Rentenbriefen 25,000 Thlr., baar (Kapitalspitzen) 73 Thlr. 10 Sgr., zusammen 25,073 Thlr. 10 Sgr. An Rentenablösungskapital sind bis zum 1. April d. J. gekündigt resp. eingezahlt worden 1647 Thlr. 4 Sgr. 3 Pf. Die ausgelosten am 1. April d. J. fälligen Rentenbriefe betragen 41,630 Thlr.; die Kapitalien, welche von den Pflichtigen mit dem 18fachen Betrage der Rente baar an die Staatskasse eingezahlt wurden, und wofür die Berechtigten die Abfindung in Rentenbriefen gewählt haben, betragen 342 Thlr.

M — [Militärisches.] Die neu in die Armee einzuführenden Tornister werden bereits versuchsweise getragen. Sie sind aus ölgetränkter Leinwand gefertigt, weicher und bedeutend handlicher als die bisherigen. Die Einrichtung ist außerordentlich praktisch; auch scheinen sich dieselben im Gebrauch trefflich zu bewähren.

— [Das Pfingstfest] wird von unseren israelitischen Mitbürgern bereits am gestrigen und heutigen Tage gefeiert. Dasselbe fällt auf den 6. und 7. Tag des Monats Sivan (ungefähr vom 18. Mai bis zum 16. Juni) und führt den Namen des Wochenfestes wegen der Zahl von 7 Wochen, welche vom zweiten Tage des Pasfahfestes bis dahin gezählt werden; in Palästina war dieses Fest das Erntefest, indem dort die sämmtlichen Ernten binnen der sieben Wochen zuvor vollendet wurden; es wurde an diesem Festtage das Erstlingsopfer, bestehend aus gesäuertem Brote von frisch geerntetem Weizen und 2 Lämmern, dargebracht. Jetzt wird dieses Fest zur Erinnerung an die Gesetzgebung auf dem Sinai gefeiert. — Das Konzert im Schilling, welches am gestrigen Tage vom Verein junger Kaufleute ausging und sich einer sehr zahlreichen Betheiligung von Seiten unserer israelitischen Mitbürger erfreute, ohne daß dadurch der Besuch des Konzerts von Seiten Andersgläubiger ausgeschlossen gewesen wäre, war zur Feier des jüdischen Pfingstfestes veranstaltet worden. Man sieht, wie das Judenthum vollkommen sich seiner religiösen und nationalen Eigenthümlichkeiten bewußt ist, ohne dadurch im Mindesten von denjenigen Pflichten, die es dem Staate schuldet, sich abwendig machen zu lassen; dieses zielvolle Maßhalten, welches, verbunden mit einem bewundernswerthen Festhalten am Glauben der Väter, das Judenthum durch die finstern Zeiten früherer Jahrhunderte hindurch zu einer glücklichen Gegenwart geleitet hat, und demselben eine noch glücklichere Zukunft verspricht, wäre auch unserem Polenthum zu wünschen; möge dasselbe in gleicher Weise, wie das Judenthum, zunächst als Glied eines mächtigen Staates sich fühlen, möge es, wie dieses, seine Mitglieder zu trefflichen Staatsbürgern heranziehen; dann erst werden die Polen im Vollgenusse ihrer sprachlichen und nationalen Rechte Befriedigung finden.

EO. — [Die kgl. Militärschwimmanstalt] ist mit dem Anfange dieser Woche eröffnet worden. Dieselbe ist mit Allem wohl versehen, was nöthig ist, um Schwimm- und Sprunggymnastik üben zu können. Wir können besonders unseren Turnern nicht genug diese Art der Gymnastik empfehlen. Besonders die Barrieresprünge, dieselben, wie sie am Pferde geübt werden, kann man am Wasser vortrefflich machen, indem man hier kein Verstauchen zu fürchten hat. Auch die Sprünge vom Sprungbrett, besonders der Hechtsprung, sehen, gut ausgeführt, höchst elegant aus. Ein über 20 Fuß hohes Gerüst giebt Gelegenheit, sich in dem Springen von bedeutenden Höhen zu üben, und ist Nichts besser geeignet, als diese Sprünge, durch Ueberwindung einer natürlichen Scheu den Mannesmuth zu wecken und zu stählen. Für Liebhaber dieser edlen Gymnastik empfehlen wir Kluge's Schwimm- und Sprung-Gymnastik; die Abbildungen in diesem Büchlein, so wie die Beschreibungen dazu sind so instruktiv, daß man die meisten Sprünge danach ohne weitere Anleitung einüben kann.

— [Warnung.] In letzterer Zeit sah man häufig Personen männlichen oder weiblichen Geschlechtes, welche unter Begleitung einer Militärpatrouille von den betreffenden Thorwachen nach der Hauptwache, und von da nach dem Polizeidirektorium transportirt wurden. Dieselben waren im Glacis, um das Kernwerk herum, „bei Mutter Grün" betroffen worden. Man nehme sich übrigens sehr in Acht, die Glacis zu betreten; wenn ein unglücklicher Zufall es will, kann man vielleicht gleichzeitig mit einem Frauenzimmer der untersten Klassen durch die Stadt hindurch transportirt werden, indem das Militär in dieser Beziehung auch nicht die mindeste Rücksicht nehmen darf; es ist solch eine Blamage ganz besonders fatal für verheirathete Männer, indem das Publikum gar zu leicht etwas voraussetzt, woran diese zu denken gar nicht gedacht haben.

E. O. — [Temperatur-Verhältnisse des Mai's.] Im vergangenen Monate fand bis zum 20. und 21. ein sehr allmäliges Steigen der Temperatur statt. Am 1. hatten wir 2,0° niedrigste und 12,2° höchste Temperatur, dagegen am 20. und 21. 12,0° niedrigste und 18,0° höchste Temperatur. In dieser Höhe erhielt sich die Temperatur bis zum 26., und stieg selbst bis auf 19° (25.). Von da ab fand bei Nordwest-Wind eine Erniedrigung der Temperatur, wohl in Folge answärtiger Regengüsse, welche bei uns erst am 28. erfolgten, statt. Wir hatten am 27. 6,2° niedrigste und 14,7° höchste Temperatur. Auffallend waren die kalten Nächte am Schlusse des Monats, indem bei Nordost-Wind die Temperatur bis auf 4,0° sank. — 7 mal hatten wir Nordost-, 4 mal Südost-, 6 mal Ost-Wind, also 17 mal Winde aus östlichen Regionen; 6 mal hatten wir Nordwest-, 5 mal Südwest-, 2 mal West-Wind, also 13 mal Winde aus westlichen Regionen, 1 mal Süd-Wind. Die östliche Windrichtung war demnach die vorherrschende. Daraus scheint die Trockenheit und Hitze des Monats Mai erklärlich, indem der Wind über die wasserarmen und von der Sonne stark erhitzten weiten Ebenen Rußlands zu uns gelangte. An einzelnen Regentagen im Monate herrschte eine westliche Windrichtung, so am 28. Südwest-Wind.

+ Wielichowo, 4. Juni. [Lehrerkonferenz.] Heute wurde in der hiesigen katholischen Schule die Dekanats-Lehrerkonferenz unter dem Vorsitz des Kreis-Schulinspektors Radke aus Rakwitz abgehalten. Es waren zu derselben 63 Lehrer erschienen. Um 8 Uhr begaben sich sämmtliche Lehrer in die Kirche, wo der Kommendar Zientkiewicz aus Prochy den Trauergottesdienst für den im vergangenen Herbst verstorbenen Lehrer Schware aus Konajad abhielt. Um 10 Uhr hielt der hiesige Probst eine feierliche Votivmesse. Nach der Andacht versammelten sich die Lehrer und die anwesenden Geistlichen in der Schule und die Konferenz begann mit einem vierstimmigen Chorale. Nachdem hierauf der Kreisschulinspektor in einer kurzen aber bündigen Ansprache das Verhältniß der Schule zur Kirche auseinandergesetzt und darauf die Antwort der Königlichen Regierung über die in vorjähriger Konferenz beantragten Gegenstände verlesen hatte, hielt einer der anwesenden Lehrer mit den Kindern eine Katechese über das Sakrament der Taufe und ein zweiter über die Ceremonien bei der Taufe. Nach beendeter Katechese wurden die Kinder entlassen und es entspann sich eine lebhafte Debatte über den Inhalt und die Form des Vortrages. Für die nächste Konferenz wurde von dem Kreisschulinspektor das zweite Sakrament — die Firmung — bestimmt. Es wurde demnach beschlossen, daß sämmtliche Lehrer des Dekanats sich auf die Katechese vorbereiten sollen, und es alsdann dem Kreisschulinspektor bei der nächsten Konferenz überlassen werden soll, wen von den Anwesenden er zum Vortrage auffordert. Schließlich machte der Kreisschulinspektor den Lehrern ernstlich zur Pflicht, die Knaben von den Mädchen in den Schulen, wo dies bis jetzt noch nicht geschehen ist, zu trennen, auch während der Freiviertelstunden ein wachsames Auge über die Trennung der Kinder nach dem Geschlecht zu haben.

ρ Krotoschin, 3. Juni. [Spaziergang; Landwehrübung; Oberregierungsrath Seltzer.] Gestern fand der gemeinschaftliche Spaziergang sämmtlicher Schüler der hiesigen evangelischen Elementarschule statt. Mittags 1 Uhr zog die heitere Jugend unter Vorantritt der hiesigen Militärkapelle vom Schulhause aus durch die Stadt nach dem Wäldchen bei Vorpahlsluft. Die Betheiligung an diesem Schulfeste, welches seit 8 Jahren nicht war gefeiert worden, war Seitens der Eltern, hohen und niederen Standes, ja sogar der Katholiken und Juden, eine so allgemeine, daß man es im wahren Sinne des Wortes ein Volksfest nennen konnte. Nachdem der Nachmittag, vom schönsten Wetter begünstigt, verflossen war, sammelte sich gegen 8 Uhr Abends die Schaar der fröhlichen Kinder wieder und zog unter Gesang und Musik abwechselnd nach der Stadt bis zur Wohnung des Herrn Schulinspektors, Pastor Schneider, wo derselbe die Kinder aufforderte, für dieses Fest ihren Eltern und Lehrern recht dankbar zu sein und durch gute Fortschritte in der Schule denselben ferner Freude zu machen. Dann wurde dem Herrn Schulinspektor und den Lehrern ein dreifaches Hoch ausgebracht und ein jedes kehrte mit Befriedigung von dem Feste nach Hause zurück. — Am 31. v. M. wurde aus den Mannschaften der ältesten Jahrgänge der Landwehr des 1. Aufgebots hiesigen Bataillonsbezirks eine Kompagnie in der Stärke von 125 Mann, 17 Unteroffizieren und 3 Offizieren formirt, welche bis zum 7. d., an welchem Tage die Mannschaften wieder entlassen werden, üben wird. Die Kompagnie kommandirt der Premierlieutenant Koltz vom hiesigen Füsilierbataillon. — Heute Abend trifft der Herr Oberregierungsrath Seltzer, von Pleschen kommend, hier ein, um die Bureau's der Distriktskommissarien und Magistrate hiesigen Kreises zu revidiren. Außerdem wird derselbe mit dem Herrn Kreislandrath Krupka die für den hiesigen Kreis neuprojektirten Chausseelinien bereisen, um von der Zweckmäßigkeit der projektirten Kunststraßen Ueberzeugung zu gewinnen.

Pinne, 4. Juni. [Einführung.] Gestern schon fand die Einführung der neugewählten Repräsentanten (vergl. 124 d. Z.) durch den Kreislandrath von Massenbach aus Samter statt, welcher auch ein Regierungsrath aus Posen beiwohnte. Nach erfolgter Einführung konstituirte sich die Versammlung und schritt demnächst zur Wahl des Vorstandes. Es wurden gewählt: Kaufmann Simon Borchardt und Kaufmann Moritz Pinner.

Σ Schwerin, 4. Juni. [Unglücksfall; Raubanfälle.] Ein Knabe der evangelischen Schule, etwa 9½ Jahr alt, der in der Nähe der hiesigen Stadt auf das Zureden eines Schulkameraden auf eine Pappel — sei es, um trockene Reiser zu brechen, oder ein darauf befindliches Nest zu erreichen — geklettert war, fiel vom schwindelnden Gipfel derselben, indem der stützende Ast unter ihm brach, hernieder. Durch die gewaltige Erschütterung des Sturzes waren in der Brusthöhle und im Gehirn Zerreißungen edler Gefäße und in Folge dessen Ausblutungen und unheilbare Entzündungen herbeigeführt worden. Am vierten Tage (2. d.) nach dem beklagenswerthen Ereigniß starb der Knabe unter den fürchterlichsten Schmerzen. — Auf dem Wege von dem Dorfe Schweinert hierher, in der Gegend, wo derselbe die Forst durchschneidet, sind in jüngster Zeit wiederholte Raubanfälle gegen Frauenzimmer, die den hiesigen Wochenmarkt besuchen wollten oder von demselben zurückkehrten, verübt worden. Es gesellte sich ein unbekannter Begleiter zu ihnen, entriß ihnen im gelegenen Augenblick gewaltsam den Korb mit seinem Inhalt und entfloh damit seitwärts in's Dickicht des Waldes. Von einer Ermittelung des Individuums hat man bis jetzt noch Nichts vernommen.

Bromberg, 4. Juni. [Die hier domizilirende Bergbau-Aktien-Gesellschaft „Weichsel-Thal"] hielt vorgestern ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Es waren in derselben 535 Stück Stamm- und 193 Prioritäts-Stamm-Aktien mit 466 Stimmen vertreten. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten kam der Rechenschaftsbericht des Verwaltungsrathes für das abgelaufene Geschäftsjahr 1861/1862 zum Vortrag. Wir entnehmen demselben, daß die Thätigkeit der Verwaltung sich im Wesentlichen der Grube „Marie" und der mit dieser verbundenen Preß-Anlage im letzten Jahre zugewendet hat, und daß die dort erzielten Resultate sowohl hinsichtlich der Produktion, als auch der Konsumtion befriedigend genannt werden müssen. Wenn aus diesen beiden Faktoren indeß noch keine Rentabilität sich ergeben hat, so hat dies seinen Grund darin, daß der Transport der Kohlen von der Grube nach Bromberg deshalb ein schwieriger war, weil die finanzielle Lage der Gesellschaft es nicht gestattete, die Transportmittel so zu vermehren, daß der Nachfrage nach Kohlen Rechnung getragen werden konnte, andererseits aber Fuhrwerksunternehmer in Bromberg und Umgegend sich nicht finden ließen. Diesem Uebelstande wird nun aber durch Beschaffung einer Straßen-Lokomotive oder in anderer geeigneter Weise hoffentlich bald abgeholfen werden können, da die Verwaltung die nöthigen Kapitalien hierzu zu erhalten gedenkt. Ist Letzteres der Fall, dann ist die Rentabilität des ganzen Unternehmens ohne allen Zweifel gewährleistet und hofft daher die Verwaltung des Bestimmtesten auf die materielle Unterstützung der Aktionäre durch eine weitere Betheiligung an den noch nicht begebenen Prioritäts-Stamm-Aktien. Die anwesenden Aktionäre hatten sich durch eigene Anschauung und Prüfung über alle die Gesellschaft betreffenden Verhältnisse spezielle Kenntniß zu verschaffen gewußt und stimmten den von der Verwaltung kundgegebenen Ansichten durchweg bei. Es folgte hierauf der Bericht der Revisions-Kommission, welcher der Verwaltung alle Anerkennung zu Theil werden ließ und auf Dechargirung für das verflossene Geschäftsjahr antrug, die auch erfolgte. Den Schluß der Versammlung bildeten die Wahlen neuer Mitglieder des Verwaltungsrathes und deren Stellvertreter.

E Exin, 4. Juni. [Postverkehr; Unfall; Wollgeschäft.] Mit der Eröffnung der Ostbahn hörte die täglich zweimalige Postverbindung für Exin und Wongrowitz mit Posen und Bromberg, resp. Berlin gegen eine täglich einmalige auf. Der Postverkehr nahm aber ungeachtet des Schienenweges zwischen Posen und Bromberg auf dem Nakel-Posener Postkurse wieder so zu, daß noch eine zweite Post für denselben eingerichtet werden mußte. Späterhin kursirte, wie auch jetzt noch, statt einer dieser Posten eine besondere zwischen Nakel, Exin und Wongrowitz, und zwischen Wongrowitz und Posen wieder eine besondere, wodurch Exin und Wongrowitz einen sofortigen Anschluß an den Schnellzug nach Bromberg erhielten. Unlängst vorher wurde auch eine tägliche, noch nie zwischen hier und Gnesen bestandene Postverbindung eingerichtet, nach einigen Monaten aber auf eine wöchentlich dreimalige reducirt. Gerade durch die Ostbahn hat sich aber der Verkehr in unserer Umgegend und im Kreise Wongrowitz und über diesen bis Gnesen hinaus so gehoben, daß die täglichen zwei Posten zwischen Nakel und Wongrowitz nicht mehr genügten, und daher geht seit dem 1. d. noch eine dritte Post, in Folge dessen Exin und Wongrowitz nun an sämmtliche Züge in Nakel hin und zurück Anschluß haben. Auch die Personenpost zwischen hier und Gnesen hat der Erweiterung bedurft, so daß sie ebenfalls seit dem 1. d. M. wieder täglich geht, und ist zugleich dahin abgeändert, daß sie sich hier an die Post zum Güterzuge nach Berlin und Personenzuge nach Bromberg (Nachmittags) anschließt und nach Eintreffen der Post vom Personenzuge nach Berlin und Güterzuge nach Bromberg (Mittags) von hier wieder abgelassen wird. — Vergangenen Sonnabend brannte in einem Schankhause der in der Küche zum Abräuchern aufgehängte Speck an, weil er zu dicht an der aus dem Stubenkamine in die Küche führenden Rauchleitung aufgehängt war, doch blieb der etwa 40 Thlr. betragende Schaden bei sofortiger Löschhülfe größtentheils nur auf den Speck beschränkt. — Die Wollschur ist bei guter Wäsche recht gut ausgefallen, doch stockt darin der Handel noch ungemein, da die Produzenten auf die vorjährigen Preise bestehen; die Kaufleute aber gegen jene für den Zentner 8 bis 10 Thlr. weniger bieten.

Landwirthschaftliches.

Schwerin, 4. Juni. Die Witterung für eine ergiebige Ernte zeigt sich in diesem Jahre weniger günstig. Der Mangel an Regen, wie wir ihn den ganzen Mai hindurch empfunden, übt auch jetzt noch neben ausdürrenden Winden für die Felder und Gärten die nachtheiligsten Wirkungen. Auf leichterem Boden zeigen sich bereits im Winterroggen todte Stellen, während die Sommersaaten in ihrem Wachsthum förmlich schwinden.

Vermischtes.

* Aachen, 2. Juni. Der Betriebsdirektor der Aachen-Mastrichter Eisenbahn, Herr Inkermann, der unter dem Namen Sternau auch als Dichter aufgetreten ist, ist nach längerem Leiden gestorben.

* Köln, 2. Juni. Nach dem „Köln. Domblatt" betrugen die eingegangenen Beiträge für den Dombau im Monat Mai d. J. die Summe von 5812 Thlr. 8 Sgr. 3 Pf.; bis ult. Mai waren in diesem Jahre 17,062 Thlr. 20 Sgr. 9 Pf. eingegangen.

* Fechenbach (Baiern), 27. Mai. Am Mittage des 25. Mai brach über den südwestlichen Theil des Baierischen Landgerichts Stadtprozelten ein schweres Unwetter los, welches durch Wolkenbruch und Hagelschlag einen noch nicht übersehbaren Schaden den Orten Fechenbach, Reistenhausen, Dorf- und Stadtprozelten brachte. Die verheerenden Fluthen wälzten sich in wenigen Augenblicken von den Höhen des Mainthals, führten die gute Ackererde hinweg, rissen die tiefsten Gräben in Felder und Wiesen, entwurzelten die größten Bäume, schleuderten, nach allen Seiten sich Bahn brechend, centnerschwere Steine in die Thäler und bedeckten dort Aecker und Wiesen. Die Hoffnung auf Ernte von Getreide, Futter, Kartoffeln ist größtentheils vernichtet. (Auch von anderen süddeutschen Orten wird der Ausbruch eines solchen Gewitters gemeldet. Gleichzeitig scheint ein Erdbeben stattgefunden zu haben. Man berichtet darüber aus Insbruck und aus Soltau im Königreich Hannover.)

* Der vom Major Serre auf Maxen im „Dresd. J." veröffentlichten Rechnungsübersicht der allgemeinen deutschen Nationallotterie entnehmen wir im Anschluß an die telegr. Mittheilung noch Folgendes: Die Summe der Einnahmen betrug 635,622 Thlr., darunter 586,352 Thlr. für verkaufte Loose. Die Ausgaben beliefen sich auf 180,882 Thlr., darunter 134,586 für angeschaffte Gewinngegenstände, 7438 Thlr. Büreau-Aufwand, 7468 Thlr. für Gehalte an das Expeditionspersonal ꝛc., 5126 Thlr. für Frachtspesen, 1650 Thlr. Insertionsgebühren, 1532 Thlr. Porto u. s. w. Als Bestand bleiben also 454,740 Thlr. 4740 Thlr. baar werden einstweilen noch reservirt zur Deckung etwaiger noch nicht rubrizirter Ausgaben. 300,000 Thaler erhält jetzt die Schillerstiftung, 150,000 Thlr. die Tiedgestiftung. „Bei Veröffentlichung dieser Ergebnisse, sagt Herr Major Serre am Schluß seines Berichtes, drängt mich mein Herz, den Vielen Allen nah und fern, die das zur Verherrlichung Schillers der Wohlthätigkeit und Gemeinnützigkeit gewidmete Unternehmen durch ihre Mitwirkung gütigst unterstützt haben und mir in irgend einer Weise dabei behülflich gewesen sind, meinen aufrichtigsten und tiefgefühltesten Dank hiermit auszusprechen. Nicht minder fühle ich mich gedrungen, die großen Verpflichtungen unter innigster Dankesbezeugung öffentlich hierdurch zu bekunden, die ich den hochverehrten Mitgliedern des Hauptvereins schulde, die Alle mir treulichst beigestanden und zum Theil mit größter Aufopferung unausgesetzt mir Hülfe und Unterstützung gewährt haben. Wohl ist mir bewußt, daß bei der Ausführung Vieles zu wünschen geblieben ist, daß Manches hätte anders und besser gemacht werden können. Ich bitte jedoch, wohlwollend zu berücksichtigen, daß die Neuheit der Unternehmung, der außerordentlich große Umfang, den sie annahm, und der Umstand, daß manche Erwartung, die anfangs gehegt werden durfte, später nicht in Erfüllung ging, die größten Schwierigkeiten, zum Theil ganz unerwartete, bereiteten. Werden diese Um

stände und die edlen Zwecke der betheiligten Stiftungen einer geneigten Beachtung gewürdigt, so darf ich hoffen, daß eine nachsichtsvolle Beurtheilung meinem Wirken nicht werde versagt werden. Möge in aller Zeit des Himmels Segen auf beiden Stiftungen ruhen, denen durch das nunmehr abgeschlossene Werk so bedeutende Mittel zufließen. Die Freude über ihre gedeihliche Wirksamkeit wird den Abend meines Lebens verschönern."

* **Paris.** Man liest in der „Pariser Zeitung": Baron James v. Rothschild, welcher u. A. Eigenthümer vieler Häuser auf dem neuen Boulevard Magenta ist, hat dieser Tage seinen dortigen Miethern die Mittheilung machen lassen, daß er sich veranlaßt sehe, den Miethzins um die Hälfte herabzusetzen. Keiner seiner Miether hatte darum angehalten. Eine Unterredung mehrerer Grundbesitzer über die Nothwendigkeit der Ermäßigung der Miethzinse veranlaßte Rothschild zu der nobeln Aeußerung: „Als reichster Grundbesitzer in Paris muß ich vorangehen."

Personal-Chronik.

Bromberg, 3. Juni. [Personal-Chronik] bei den Justizbehörden des Bromberger Departements. Versetzungen: Der Kreisrichter Mäckelburg zu Schneidemühl an das Kreisgericht zu Trzemeszno; der Kreisrichter Dr. Gabbler zu Filehne an das Kreisgericht zu Schneidemühl; der Kreisgerichtsrath Weickert zu Schneidemühl an die Gerichtskommission in Filehne; der Kreisgerichtsrath Korbach zu Margonin an das Kreisgericht zu Schneidemühl unter widerruflicher Uebertragung der Funktion als Abtheilungsdirigent; der Kreisgerichtsrath Peters zu Trzemeszno an das Kreisgericht in Gnesen unter widerruflicher Uebertragung der Funktion als Abtheilungsdirigent; der Kreisrichter Rösler zu Schönlanke an das Kreisgericht zu Samter; der Gerichts-Assessor Friemel zu Friedrichgrund aus dem Departement des königl. Appellationsgerichts zu Breslau in das hiesige Departement; der Gerichtsassessor Holtmann aus dem hiesigen Departement in das Departement des königlichen Appellationsgerichts zu Paderborn; der Kreisgerichtssekretär Moldenhauer zu Trzemeszno an das Kreisgericht in Wongrowiec und der Kreisgerichtssekretär Hollatz zu Wongrowiec an das Kreisgericht zu Trzemeszno. — Der Kreisgerichtsexekutor und Bote Schneider zu Filehne ist vom 1. September d. J. ab mit Pension in den Ruhestand versetzt worden. — Der Kreisgerichtsdirektor Bötticher in Gnesen ist gestorben.

Druckfehler-Berichtigung.

In der gestrigen Zeitung ist in dem Artikel über Klonowicz für Bonn — Bologna zu lesen.

Von Herrn E. Kattner geht uns folgende Erläuterung zu: „Die „Posener Zeitung" hat in ihrer Polemik gegen die „Ostdeutsche Zeitung" in dem Leitartikel der Nro. 125 meiner Flugschrift „deutsche Abrechnung mit den Polen" und meine darin niedergelegten Ansichten vielfach Erwähnung gethan. Gestatten Sie mir zur Erläuterung und Berichtigung einen kleinen Raum in ihrem Blatte.

Sie nehmen an, daß „die sogenannte Germanisirungspartei", als deren Vertreterin wohl die „Posener Zeitung" angesehen werden darf, mir besonders in zwei Punkten nicht zustimmen werde, „das ist einmal in der Alternative: der Pole muß deutsch werden oder auswandern — sodann in der Argumentation über die vollständige Inhaltlosigkeit der polnischen Nationalität."

Ueber den ersten Punkt will ich die Erörterung lieber vermeiden — die Verschiedenheit der Ansichten ist gewiß nicht bedeutend. Gegen **eine** Annahme möchte ich mich jedoch verwahren, nämlich daß ich den Prozeß des „Deutschwerdens oder Auswanderns" im Handumdrehen durchgeführt wissen wolle. Ich verlange nur, daß die preußische Regierung die vollständige Germanisirung der Provinz als ein mehr oder weniger entferntes Ziel vor Augen haben und offen aufstellen solle und daß wir Deutsche der Provinz sie in dem Bemühen unterstützen sollen. Ich halte es sogar für weit „humaner", das gegen die Polen ehrlich und ohne Rückhalt auszusprechen, als auf ihre nationalen Vorurtheile und Träume einzugehen und in ihnen noch immer Hoffnungen rege zu erhalten, welche nimmer erfüllbar sind. Es ist überhaupt nicht billig, bei der Beurtheilung meiner Schrift blos jenen zugespitzten Satz herauszugreifen und nicht auf meine Ausführung in einem ganzen besonderen Abschnitt zu achten, wie es besonders Herr Dr. Gottschall gethan.

Die Erörterung des andern Unterscheidungspunktes, der Beweisführung von der „vollständigen Inhaltlosigkeit der polnischen Nationalität" werde ich wohl gleichfalls am besten thun zu unterlassen. Es kann mir genügen, daß die „Posener Zeitung" zur Vertheidigung der polnischen Nationalität Nichts sagt und mir nur das Recht abspricht, sie in ihre Bestandtheile zu zerlegen und aus denselben die Werthlosigkeit des Ganzen zu beweisen. Begründet ist diese Behauptung nicht, auch nicht durch die Berufung auf irgend eine Autorität.

Andere Unterscheidungspunkte hat die „Posener Zeitung" nicht aufgeführt, und ich wüßte auch keine. Meine „Polemik wendet sich" gleichfalls wesentlich nur „gegen Adel und Pfaffen", oder richtiger gegen Junker und Pfaffen; denn nicht jeder Adlige ist Junker, nicht jeder Geistliche Pfaffe; „gegen das polnische Volk als solches" ist sie nur insofern gerichtet, als es sich von den Junkern und Pfaffen leiten läßt. Sind wir die polnischen Junker und Pfaffen entweder ganz los, oder gelingt es, sie von ihrem religiös-nationalen Fanatismus frei zu machen (was freilich kaum ausführbar, da man keinem Menschen die Sehnsucht nach seinem verlornen Paradies entreißen kann) und ihnen Kopf und Herz mit einem vernünftigeren Inhalte zu füllen, so ist der polnische Bauer und besitzlose Tagelöhner das unschädlichste Geschöpf von der Welt, den aus dem Lande zu drängen thöricht und verwerflich wäre. Die Aufgabe einer weisen und kräftigen Staatsregierung bliebe es dann noch immer, das unschädliche Staatsglied in ein möglichst nützliches und kräftiges zu verwandeln, eine Aufgabe, welche sie auch noch in Oberschlesien, Masuren und anderweitig zu lösen hat. Ich sage nicht, daß die Regierung das unmittelbar „machen", daß sie den polnischen Stamm „umkneten" soll. Allerdings muß sich diese Umwandlung mehr „von selbst finden", sie kann und wird sich aber nicht finden bei den jetzigen Kirchen- und Schulverfassungen, bei den gegenwärtigen Gewerbebeschränkungen, bei der bestehenden Ehegesetzgebung u. dergl. Solche Hindernisse im gesetzlichen Wege fortzuräumen, das ist doch einmal Sache der Staatsregierung.

Dieses zur Erläuterung.

Angekommene Fremde.

Vom 5. Juni.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Rechtsanwalt Battiche aus Birnbaum, Rittergutsbesitzer v. Grudzielski aus Soleczno, Frau Oberamtmann Klug aus Mrowino und Rentier Rasch aus Breslau.

SCHWARZER ADLER. Generalpächter Jänicke aus Polen und Gutsbesitzer Kiesewetter aus Kleszczewo.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzer v. Topiński aus Russocin, Gutspächter Bernhard aus Wollin, Partikulier Baron v. Oehs aus Marburg, Rentier v. Gordon aus Frankfurt a. M., Gutsbesitzer v. Kowalski aus Posadowo, die Kaufleute Harder aus Hamburg, Böttcher und Schmelzer aus Berlin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Landschaftsrath Bandelow aus Kranz, Rittergutsbesitzer Güterbogk aus Owieczki, Inspektor Settlaczek aus Erfurt, die Kaufleute Guichard und Lipsohn aus Berlin, Kollmorgen aus Stettin, Hentschel aus Dresden, Stade aus Leipzig und Meister aus Wülfrath.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Kaufleute Reuter aus Glauchau, Schluck aus Meerane, Samuelsohn aus Schneidemühl, Thönemann und Kurz aus Berlin, Rittergutsbesitzer v. Gajewski aus Wollstein, Frau Rittergutsbesitzer Materne aus Chwałkowo und Gutspächter Bris aus Mimczewo.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Der zur Verpachtung des Vorwerks **Smolary** zur Herrschaft **Kruchowo, Mogilnoer** Kreises gehörig, auf den **18. Juni d. J.** anberaumte Termin wird aufgehoben.

Posen, den 3. Juni 1862.

Provinzial-Landschaftsdirektion.

Bekanntmachung.

In der bevorstehenden **Margarethenmesse** beginnt

das Auspacken der Waaren in den Gewölben am 28. Juni c.,

der Meßbudenbau am 30. Juni c.,

der Detailverkauf am 1. Juli c. von Morgens 6 Uhr ab.

Eingeläutet wird die Margarethenmesse am 7. Juli c.

Frankfurt a. O., den 26. Mai 1862.

Der Magistrat.

Handelsregister.

Die von dem Kaufmann **Herrmann Neumark** zu **Posen** für sein in **Posen** betriebenes Handelsgeschäft heut angemeldete Firma:

Herrmann Neumark

ist unter Nr. 363 unsers Firmenregisters am 28 Mai d. J. eingetragen worden.

Posen, den 27. Mai 1862.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Handelsregister.

Der Kaufmann **Seelig Landsberger** zu **Posen** hat statt seiner bisherigen Firma **S. Landsberger** heut die Firma

S. W. Landsberger

angenommen und ist dieselbe unter Nr. 405 unseres Firmenregisters am 29. Mai 1862 eingetragen worden.

Posen, den 28. Mai 1862.

Königliches Kreisgericht.
I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die Gesellschafter der hierselbst unter der Firma

Gebrüder Sternberg

am heutigen Tage errichteten Handelsgesellschaft sind:

die Kaufleute Gebrüder **Bernhard** und **Isidor Sternberg** hierorts

von denen ein Jeder die Gesellschaft zu vertreten befugt ist, eingetragen zufolge Verfügung vom 28. d. Mts. an demselben Tage sub Nr. 1 des Gesellschaftsregisters.

Gnesen, den 23. Mai 1862.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Oeffentliche Bekanntmachung.

In unserem Depositorium befindet sich das wechselseitige Testament der **Johann George** und **Anna Bautz**schen Eheleute von **Schwarzhauland**, Kreis **Buk**, d. d. 31. Dezember 1805. Die unbekannten Interessenten werden aufgefordert, sich behufs Publikation des Testaments bei uns binnen 6 Monaten zu melden, widrigenfalls nach Ablauf dieser Frist die Publikation von Amtswegen erfolgen wird.

Grätz, den 1. Juni 1862.

Königlich Pr. Kreisgericht. II.

Pensionärinnen, welche hiesige Schulen besuchen wollen, oder ihre weitere Ausbildung beabsichtigen, finden sorgfältige Pflege, sowie Nachhülfe in Schul- und Handarbeiten bei

Emma Berger,

Posen, alten Markt 57. Eingang: Ziegengasse 22, erste Etage.

Neue Berliner Hagel-Assekuranzgesellschaft.

Gegründet **1832.**

Diese älteste Hagelversicherungs-Aktiengesellschaft empfiehlt sich den Herren Landwirthen zur Versicherung ihrer Feldfrüchte gegen Hagelschaden. Sie übernimmt die Versicherungen **gegen feste Prämien, bei welchen nie eine Nachschußzahlung stattfindet** und regulirt die eintretenden Schäden nach den in ihrer langen Wirksamkeit bewährten anerkannt liberalen Grundsätzen. **Die Auszahlung der Entschädigungen erfolgt prompt und vollständig binnen Monatsfrist**, nachdem deren Beträge festgestellt sind.

Herr **Szafrański in Trzemeszno** ist zum Agenten dieser Gesellschaft für **Trzemeszno und Umgegend** ernannt und empfehle ich denselben zu Versicherungsanträgen bestens.

Posen, im Juni 1862.

Rudolph Rabsilber,

Hauptagent der Neuen Berliner Hagel-Assekuranzgesellschaft in Berlin.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige, bitte ich um gef. Versicherungsaufträge. Zur Ertheilung von Versicherungsformularen, so wie jeder beliebigen näheren Auskunft bin ich stets zu Dienst.

Trzemeszno, im Juni 1862.

Szafrański,

Agent der Neuen Berliner Hagel-Assekuranzgesellschaft.

Berlinische Lebens-Versicherungsgesellschaft.
Berlinische Renten- und Kapitals-Versicherungsbank.

Die Berlinische Lebens-Versicherungsgesellschaft übernimmt fortwährend **Versicherungen auf das Leben einzelner und verbundener Personen** zum Betrage von 100 bis 20.000 Thlr. zu billigen Prämien, und gewährt den bei ihr mit Anspruch auf Gewinn (Tabelle A.) versicherten Personen **Zwei Drittel des reinen Gewinnes** der Gesellschaft.

Die mit derselben verbundene Renten- und Kapitals-Versicherungsbank übernimmt ebenfalls Versicherungen von Wittwen- und anderen Pensionen, so wie Kinder-, Renten- und Kapitalversicherungen der mannigfaltigsten Art.

Die jährlichen **Leibrenten** für 100 Thlr. Kapital betragen z. B. für eine Person von:

45 Jahren	Thlr. 7. 1. —	60 Jahren	Thlr. 9. 14. —
50 „	„ 7. 21. —	65 „	„ 10. 25. —
55 „	„ 8. 15. —	72 „	„ 14. — —

Nähere Auskunft über die verschiedenen Versicherungsarten wird im Bureau der Gesellschaft, Spandauerbrücke Nr. 8, so wie von sämmtlichen Agenten derselben bereitwilligst ertheilt, bei welchen auch Geschäftspläne unentgeltlich entgegengenommen und Versicherungsanträge jederzeit angemeldet werden können.

Posen, den 5. Juni 1862.

Theodor Baarth,
Hauptagent, Schuhmacherstraße Nr. 20.

Ferd. Riess,
Agent zu **Posen**.

F. A. Wuttke,
Agent zu **Posen**.

Seebad Swinemünde.

Die hiesigen Sesbadeanstalten werden am **20. Juni** eröffnet und am **20. September** c. geschlossen. In genügender Anzahl vorhandene Badequartiere werden zu billigen Preisen durchaus kostenfrei vermittelt.

Für das städtische Theater ist eine gute Gesellschaft engagirt. Concerte, Bälle, Corsos und dergleichen Vergnügungen werden für Rechnung der Badekasse arrangirt.

Abgesehen von mässigen Musikbeiträgen unterliegen Fremde und Badegäste hier keiner Besteuerung.

Swinemünde, den 5. Mai 1852.

Die Badedirection.

Einem geehrten Publikum empfiehlt seine

Wellen- und Sturzbäder.

Reich, in Kernwerksmühle.

Sein neu errichtetes Hotel: **„Zur Stadt Rom"**, Albrechtsstraße 17 in **Breslau**, empfiehlt hierdurch bestens ***E. Astel.***

NB. Elegante Zimmer von 10-15 Sgr. pro Tag.

Dem hochverehrten Publikum empfehle ich mich gehorsamst als konzessionirte **Miethsfrau** beiderlei Geschlechts.

Posen, den 4. Juni 1862.

M. Szafrańska, Bäckerstraße 3.

Verkaufs-Anzeige.

Meine in dem Dorfe **Glówno**, 1/8 Meile von der Stad **Posen** entfernt belegene **Schmiede-Wirthschaft,** bestehend aus einem Wohnhause, worin seit vielen Jahren das Schmiedehandwerk vortheilhaft betrieben wird, aus einer Scheune, einem Stallgebäude und circa 14 Morger Acker- und Gartenland, beabsichtige ich sofort aus freier Hand billigst zu verkaufen. — Wegen der näheren Bedingungen belieben sich Kauflustige direkt an mich zu wenden.

Posen, den 6. Juni 1862.

Der Eigenthümer
Martin Wilkowski
in **Posen**, Vorstadt Zawady Nr. 104.

Güter-Kaufgesuch.

Vermöge unserer in allen Provinzen des preußischen Staates, wie auch im Auslande angeknüpften Associements sind uns vielfache Aufträge zum Ankauf von Gütern zugegangen und haben wir Verwendung für Güter jeder Größe und **für die Provinz Posen vorzugsweise für Güter größeren Umfanges mit Anzahlungen bis 600,000 Thlr.** Die Herren Besitzer solcher Güter, welche zum Verkauf geneigt sind, wollen uns recht bald mit vollständiger Information versehen und einer diskreten und umsichtigen Handhabung des Vermittelungsgeschäfts sich versichert halten.

Berlin, Enkeplatz Nr. 4.

L. F. Baarts & Co.

Gutsverkauf oder Tausch.

Ein Gut bei **Warschau** mit 5500 Morgen Areal ist für 90,000 Thlr. zu verkaufen oder gegen ein Gut im Großherzogthum **Posen** reell zu vertauschen. Näheres bei **A. Geisler** in **Breslau**, Weidenstraße 25.

Auf dem Dominium **Witakowice** bei **Pudewitz** stehen 500 Stück **Schafe** zum Verkauf, darunter befinden sich 2-, 3-, 4jährige zur Zucht. ***v. Jasieński.***

Waffenrock, Schärpe und Helm mit Schachtel

für einen Artillerie-Offizier, noch vollständig neu, sind billig zu verkaufen. Hierauf Reflektirende belieben ihre Adresse sub **Z. Z.** poste restante franco abgeben zu wollen.

Badewannen, Vogelbauer, Gartenspritzen, Giesskannen bei

Posen, Friedrichsstr. 33. **H. Klug.**

Lager vom **feinsten Neusilber,** von **Alfenide** von **Christofle & Comp.** in **Paris** und **Karlsruhe**, **englische** Plattirung: Leuchter, Zuckerdosen, Kaffee-, Thee- und Sahnkannen, Messer, Gabeln, Löffel u. s. w. in reicher Auswahl bei

G. Schoenecker,

Gerberstraße 16, Ecke der Wasserstraße.

LILIONESE.

Dieses ausgezeichnete Schönheitsmittel wirkt gegen Sommersprossen, Leberflecken, Finnen, Kupferröthe auf der Nase, und entfernt alle sonstigen Hautunreinigkeiten. Gesicht, Hals, Schultern und Arme macht es **blendend weiß** und **zart**, wirkt auf dieselben erfrischend und verjüngend. — Für die Wirkung unserer **Lilionese** übernehmen wir Garantie, worüber die resp. Käufer einen Garantieschein erhalten.

Preis pro Flasche 1 Thlr., halbe Flasche 17½ Sgr.

Halle a. S. ***A. Rennenpfennig & Co.***

Alleinige Niederlage für **Posen** bei ***Z. Zadek & Co.***, Neuestr. 5.

Leere Brunnenkruken werden gekauft **Breitestraße Nr. 14**, Ecke der Gerberstraße.

Frische Tafelbutter, à 8 Sgr. pro Pfd., bei Abnahme von Fässern à 20 und 40 Pfd. billiger, empfiehlt ***Isidor Busch.***

Familien-Nachrichten.

Statt jeder besonderen Meldung.

Es hat dem Herrn gefallen, heute, Morgens 4 Uhr, unsere am 30. v. M. geborene Tochter **Sophie** wieder zu sich zu nehmen. Tiefbetrübt zeigen wir dies Freunden und Bekannten hierdurch an. Psalm 90, 13.

Dusznik, den 4. Juni 1862.

Der Pastor **Staemmler** und Frau.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verbindungen. Deutsch-Krone: Frl. E. Werner mit dem Hrn. H. Meyer; Berlin: Frl. C. Bruch mit dem Hrn. H. Feldmann, Frl. E. Silberstein mit dem Hrn. D. Pakscher, Frl. H. Gebhardt mit dem Kaufmann Th. Stille, Frl. E. Horneffer mit dem Hrn. Chr. Gennerich; Spandau: Frl. E. Kutscher mit dem Mühlenmeister F. Schulze; Frankfurt a. O.: Frl. A. Anderson mit dem Maurermeister Leese; Perleberg: Frl. A. Prien mit dem Hrn. C. Behrend.

Verbindungen. Charlottenburg: Frl. M. Wallen mit dem Rittergutsbesitzer Stalmann; Kottbus: Frl. Th. Hilliger mit dem Baumeister H. Schultze; Dessau: Frl. Jenny Wittcke mit Hrn. R. Lehrfeld; Frankfurt a. O.: Frl. Cäcilie v. Perbandt mit dem Landrath G. Graf v. d. Goltz; Berlin: Frl. E. Heinicke mit dem Hrn. W. Reuschler, Frl. E. Stille mit dem Hrn. K. F. Gläser; Frl. K. Becker mit dem Kaufmann O. Westphal.

Geburten. Ein Sohn dem Verlagsbuchhändler E. Schotte, dem Hrn. G. Flügel, dem Hrn. G. Feicht in Berlin, dem Hrn. F. Klose in Potsdam, dem Tuchfabrikanten H. Rübener in Luckenwalde; eine Tochter dem Hrn. A. Giese, dem Hrn. C. O. Heyl, dem Hrn. A. Sasse in Berlin, dem Hrn. O. Schultz in Magdeburg, dem Kreisrichter R. Stämmler in Havelberg.

Todesfälle. Kaufmann A. S. Landsberger, eine Tochter des Hrn. Lohff, Lieut. a. D. Hoffmann, Fr. C. Rotte, Hr. S. Cohn, eine Tochter des Hrn. A. Deichmann, Fr. Meißner, Geh. Archivrath a. D. L. F. Höfer, Hr. H. E. O. Baumann, Hr. H. Petzoldt, Fr. J. Wünsche, Fr. A. S. Th. Herrmann, Bankier K. A. Köhne, Fr. M. Brandenburg und Fr. Th. Braun in Berlin, Fr. Stadträthin Kleinschmidt in Mühlhausen, verw. Fr. Archivarius Scholz in Charlottenburg, Stabsarzt Dr. Günther in Friedrichroda, Fr. E. Schrader in Brandenburg, eine Tochter des Hrn. Flittner in Weißenfels und des Geh. Ober-Finanzraths Hellwig in Danzig, ein Sohn des Hrn. L. Schacht in Wittstock und des Hrn. C. T. Friedrich in Brandenburg, Ingenieur A. Kraemer in Torgau, Geh. Reg. Rath K. v. Adlersfeld in Schweidnitz, Ober-Stabsarzt a. D. Dr. G. Meyer in Stendal, Oberst v. Plessen in Ludwigslust.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 5. Juni 1862.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Posener 4 % alte Pfandbriefe	—	104½	—
" 3½ " "	—	98½	—
" 4 " neue "	—	98⅝	—
" Rentenbriefe	—	98⅝	—
" Provinzial-Bankaktien	—	95¼	—
" 5 % Prov. Obligat.	—	101	—
" 5 " Kreis-Obligationen	—	100⅞	—
" 5 " Obra-Mel.-Oblig.	—	100⅞	—
" 4½ " Kreis-Obligationen	—	—	—
" 4 " Stadt-Oblig. II. Em.	—	97	—
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	—	89¾	—
" 4 " Staats-Anleihe	—	—	—
" 4½ " Freiw. Anleihe	—	—	—
" 4½ % St.-Anl. exkl. 50 u 52	—	—	—
" 5 " Staats-Anleihe	—	107½	—
" 3½ " Prämien-Anleihe	—	—	—
Schlesische 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpreuß. 4 " "	—	—	—
Polnische 4 " "	—	86⅞	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
" " Prior. Akt. Lit. E.	—	—	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Rheinische Eisenb. Stamm-Aktien	—	—	—
Polnische Banknoten	—	87	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen, geschäftslos, pr. Juni 43¼ Br., Juni-Juli 42⅝ Br., Juli-August do., Aug.-Sept. do., Sept.-Okt. 42½ Br., Okt.-Nov. 42¼ Br.

Spiritus, still, mit Faß pr. Juni 16 11/12 Br., Juli do., August 17 Br., Sept. 17 1/12 Br., Okt. 16⅞ Br., Nov. 16 1/12 Br.

Börsen-Telegramm.

Berlin, den 5. Juni 1862.

Roggen, Stimmung besser.
" loko 50¾.
" Juni 50¼.
" Juni-Juli 49⅜.
" Juli-August 48⅜.
" September-Oktober 48⅜.

Spiritus, Stimmung höher.
" loko 18.
" Juni 18.
" Juni-Juli 18.
" August-September 18 5/12.
" September-Oktober 18 5/12.

Rüböl, loko 13⅛ Br.
" Juni 13 1/12.
" September-Oktober 13⅓.

Stimmung der Fondsbörse: matter.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 4. Juni Vrm. 8 Uhr 1 Fuß 6 Zoll.
" 5. " " " " 1 " 4 "

Produkten-Börse.

Berlin, 4. Juni. Wind: Ost. Barometer: 28¹. Thermometer: früh 8° +. Witterung: leicht bewolkt.

Weizen loko 63 a 76 Rt.

Roggen loko 48¼ a 51 Rt., p. Mai-Juni 49⅝ a 50 Rt. bez. Br. u. Gd., p. Juni-Juli 48¼ a 48¾ Rt. bez. u. Gd., 49 Br., p. Juli-Aug. 47⅞ a 48 Rt. bez. Br. u. Gd., p. Aug.-Sept. 47¾ Rt. bz., p. Sept.-Okt. 47½ a 48 Rt. bez. u. Br., 47⅞ Gd. p. Okt.-Nov. 46¾ a 47½ Rt. bez.

Große Gerste 33 a 37 Rt.

Hafer loko 23 a 26 Rt., p. Mai-Juni 24⅝ a 24¼ a 24½ Rt. bez., p. Juni-Juli do., p. Juli-August 24⅝ a 24½ a 24 7/12 Rt. bz., p. Sept.-Okt. 24¾ Rt. Br.

Rüböl loko 13 1/12 Rt. Br., p. Mai-Juni 13 Rt. bz. u. Br., 12 11/12 Gd., p. Juni-Juli do., p. Juli-Aug. 13⅛ Rt. bz. u. Gd., 13¼ Br., p. Aug.-Sept. 13¼ Rt. Br., p. Sept.-Okt. 13¼ a 13 7/24 Rt. bz. 13⅓ Br., 13¼ Gd., p. Okt.-Nov. 13 7/24 Rt. bez.

Spiritus loko ohne Faß 17 11/12 Rt. bz., mit Faß p. Mai-Juni 17¾ a 17⅔ a 17⅞ Rt. bez. Br. u. Gd., p. Juni-Juli do., p. Juli-August 18 a 17 11/12 a 18 Rt. bez. Br. u. Gd., p. Aug.-Spt. 18⅛ a 18¼ Rt. bez. u. Gd., 18⅓ Br. p. Spt.-Okt. do., p. Okt.-Nov. 17⅞ Rt. bz.

Weizenmehl 0. 4⅝ a 5 1/12, 0. u. 1. 4½ a 4⅝ Rt. Roggenmehl 0. 3⅞ a 4⅛, 0. u. 1. 3⅞ a 3⅞ Rt. (B. u. H. Z.)

Stettin, 4. Juni. Wetter: stürmisch, bewölkt. Wind: NW. Temperatur: + 18° R.

Weizen loko p. 85pfd. gelber Schles. 72—75 Rt. bez., Galiz. 69—71½ Rt. bz., eine Ladung gelber Schles. 84pfd. 28 Lth. p. Conn. 75 Rt. bz., eine Ladung do. 83pfd. 12 Lth. p. Conn. 73½ Rt. bz., 83/85pfd. gelber Juni-Juli 75, 74¾, ½ Rt. bez., Juli-August 75½, ¼ Rt. bez., Aug.-Sept. 74¾ Rt. bz., Sept.-Okt. 73¾, 74, 73½ Rt. bz.

Roggen loko p. 77 pfd. 47½—48½ Rt. bez., 77pfd. p. Juni 47½, ¼ Rt. bez. u. Gd., p. Juni-Juli 46¼ 46 Rt. bz., p. Juli-August 45¾ Rt. bz. p. Sept.-Oktob. 46⅞, ¾ Rt. bz. u. Gd., p. Okt.-Nov. 46¼, 46 Rt. bz.

Gerste loko p. 70pfd. 35½—36 Rt. bez.

Hafer loko p. 50pfd. schwerer 25½—27 Rt. bz., leichter 46/7pfd. 28, 28¼ Rt. bz., 45/6pfd., 28½ Rt. Br.

Erbsen ohne Handel.

Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
66—72	49—52	34—37	27—30	48—54.

Kartoffeln 24 Sgr.
Heu 12½—17½ Sgr.
Stroh 4—5 Rt.

Rüböl loko 13½ Rt. Br., Juni 13⅓ Rt. bz. u. Gd., Juli-Aug. 13½ Rt. Rt. Br., 13⅓ Gd., Sept.-Okt. 13⅓ Rt. Br., ¼ Gd.

Spiritus loko ohne Faß 17 5/12 Rt. Gd., p. Juni-Juli 17, 16 11/12 Rt. bz., p. Juli-Aug. 17⅛ Rt. bez. u. Br., p. Aug.-Sept. 17½ Rt. Gd., p. Sept.-Okt. 17 5/12 Rt. bez., 17⅓ Rt. Gd. u. Br. (Ostf. Ztg.)

Breslau, 4. Juni. Wetter: Schön. Früh + 11°. Wind W.

Feiner weißer Weizen 80—83 Sgr., mittler 70—75 Sgr., feiner gelber 77—80 Sgr., mittler 70—76 Sgr., blauspitziger 67—72 Sgr.

Feiner Roggen 58½—59½ Sgr., mittler und ordinärer 50—56 Sgr.

Gerste, gewöhnliche 35½—36½ Sgr.

Hafer p. 50 Pfd. Ntto. 25½—26 Sgr.

Erbsen, feine Koch- 52—56 Sgr., Futter- 43—48 Sgr.

Oelsaaten ohne Handel.

Kleesamen, feiner rother 11—12 Rt., mittler 9—10½ Rt., ordinärer 7—8½ Rt., weißer feiner 14—15 Rt., mitteler 12—13½ Rt., ordinärer 8—11 Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles) 16¾ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Juni 43⅞ Rt. bz., p. Juni-Juli 43½ Br., p. Juli-Aug. 43¼ Br. u. Gd., p. Aug.-Sept. 43 Gd., Sept.-Okt. 42¾ Br. p. Okt.-Nov. 42¼ bz. u. Gd., 42½ Br. Nov.-Dez. 42 Br., 41¾ Gd.

Rüböl loko 13 1/12 Rt. Br., p. Juni 13 bz., p. Juni-Juli 13 Br., Juli-August 13 1/12 Br., Aug.-Sept. u. Sept.-Okt. 13 Br., 12 11/12 Gd., Oktbr.-Nov. 13 Br.

Spiritus loko 16⅔ Rt. Gd., p. Juni u. Juni-Juli 16 11/12 Rt. bz., p. Juli-Aug. 17¼ Rt. Gd. p. Aug.-Sept. 17⅝ Br., Septbr.-Oktober 17⅓ Gd. (Br. Hdlsbl.)

Wollmarkt.

Breslau, 4. Juni. Im Laufe des heutigen Vormittags zeigte sich der Geschäftsverkehr am Wollmarkte vorherrschend träge, derselbe gewann jedoch während des Nachmittags eher an Regsamkeit und kamen nicht unbeträchtliche Partien Wolle aus erster Hand da zum Umsatz, wo sich Verkäufer den Verhältnissen angemessen gefügiger zeigten. Wir schätzen das bis heute gegen Abend verkaufte Quantum auf mehr als ein Drittel der gesammten Zufuhr. Es ist hierbei zu bemerken, daß für feinere und hochfeine Wollen, für welche früher rheinische Fabrikanten stark Käufer waren, die Frage geringer, als für die mittleren und fein mittelen zu Tage tritt, der Preisabschlag für erstere ist daher auch bedeutender, als bei letzteren. Betreffs der Feststellung im Verhältniß zum vorjährigen Preise ist jedoch der vorjährige bessere oder schlechtere Verkauf nicht außer Acht zu lassen, und bemerken wir in Bezug hierauf, daß heute eine Partie selbst nur 1 Thlr. pr. Zenter unter dem vorjährigen Preise gehandelt wurde. Im Allgemeinen bewegt sich der Preisabschlag jedoch zwischen 6—12 Thlrn. Käufer waren heute vorzugsweise Hamburger Händler, so wie rheinische und sächsische Fabrikanten, außerdem für gute Tuchmacherwollen zu Preisen von 75 bis 80 Thlrn. Spekulanten, in Hoffnung günstigerer Konjunkturen. (Br. Z.)

Breslau, 4. Juni, Vormittags. Im Anschluß an unsere gestrige Mittheilung bemerken wir, daß das gestern auf hiesigen Lagern verkaufte Quantum Wolle auf 4—5000 Ctr. geschätzt wird, und daß sich Verkäufer einer Preisreduktion von ca. 10 Thlrn. pr. Centner gegen voriges Jahr, je nach Qualität und vorjährigem Preisverhältniß, willig fügten. — Der heute officiell begonnene Wollmarkt zeigt bis jetzt durchaus nicht die Regsamkeit früherer Jahre, die Zahl der anwesenden Käufer bleibt beträchtlich geringer und gehen dieselben nur langsam und mit großer Auswahl unter den bekannten Qualitäten mit Ankäufen vor; somit konnte sich für die Berichterstattung über das Preisverhältniß heute noch kein Anhaltspunkt bieten, und haben wir daher nur die ruhige, zum Theil flaue Stimmung zu konstatiren, wofür die zeitweise auf dem Markt unbeschäftigt aufgestellten Rollwagen und Spediteure genugsam Zeugniß ablegen. (Br. Ztg.)

Hopfen.

Neutomysl, 3. Juni. Das trockne Wetter und der anhaltende Wind in dieser Woche waren für die Hopfengärten hiesiger Gegend nicht vortheilhaft. Die schwarzen Blattläuse, welche in einzelnen Anlagen sich gezeigt haben, haben sich weiter ausgedehnt. Die Pflanzen selbst scheinen in einzelnen Gärten zu kränkeln. Ein schöner warmer Gewitterregen kann jedoch diese Uebelstände wieder beseitigen. Gegenwärtiger Preis des Hopfens 27 Thlr. pro Zentner.

Telegraphischer Börsenbericht.

Liverpool, 4. Juni. Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Preise steigend.

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 4. Juni 1862.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	87 B
Aachen-Mastricht	4	34½-⅜ bz
Amsterd. Rotterd.	4	89¾ B
Berg. Märk. Lt. A.	4	100½ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	142¾ bz
Berlin-Hamburg	4	117½ B
Berl. Potsd. Magd.	4	193¾ bz
Berlin-Stettin	4	128⅞ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	126 bz
Brieg-Neiße	4	74¼ bz
Cöln-Minden	3½	180 bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	59½-62 bz
do. Stamm-Pr.	4½	93 B
do. do.	4	93½ bz
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Bexb.	4	134½ G
Magdeb. Halberst.	4	294 B
Magdeb. Leipzig	4	235 G
Magdeb. Wittenb.	4	43½ bz
Mainz-Ludwigsh.	4	125 bz
Mecklenburger	4	57½ bz
Münster-Hammer	4	97½ G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	98 bz
Niederschl. Zweigb.	4	72½ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	63¾-¼ bz
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	154¼-53½ bz
do. Litt. B.	3½	133 bz
Oest. Franz. Staat.	5	135½ bz
Oppeln-Tarnowitz	4	48 bz
Pr. Wlh. (Steel-V)	4	57 bz
Rheinische,	4	94¼ bz
do. Stamm-Pr.	4	101 B
Rhein-Nahebahn	4	32¾-32-¼ bz
Ruhrort-Crefeld	3½	93 bz
Stargard-Posen	3½	100 bz
Thüringer	4	118¾ G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	116½ B
Berl. Handels-Ges.	4	91 B
Braunschw. Bk. A.	4	80½ B
Bremer do.	4	103¼ B
Coburg. Kredit-do.	4	70½ bz
Danzig. Priv. Bk.	4	102 B
Darmstädter abgst.	4	89-88¾-½ bz
do. Zettel-B. A.	4	98½ G
Dessauer Kredit-do.	4	6⅞ bz
Dessauer Landesbk.	4	28 bz
Disk. Comm. Anth.	4	95¾ B
Genfer Kred. Bk. A.	4	50¾-49½-¾ bz
Geraer do.	4	86⅞ bz
Gothaer Priv. do.	4	79½ G
Hannoversche do.	4	99 B
Königsb. Priv. do.	4	98¾ G
Leipzig. Kredit-do.	4	78 Kl bz u G
Luxemburger do.	4	99¾ B
Magdeb. Priv. do.	4	90 bz
Meining. Kred. do.	4	85½ bz
Moldau. Land. do.	4	26 B
Norddeutsche do.	4	94 G
Oestr. Kredit- do.	5	85¾-¼-½ bz
Pomm. Ritt. do.	4	90½ etw bz
Posener Prov. Bank	4	96 B
Preuß. Bank-Anth.	4½	122½ G
Rostocker Bank Akt.	4	118 B
Schles. Bank Verein	4	95 B
Thüring. Bank-Akt.	4	56 bz u G
Vereinsbank. Hamb.	4	101 G
Waaren-Kr.-Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	80⅛ G

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A.	5	110 B
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	90 B
Hörder Hüttenv. Ak.	5	89 B
Minerva, Bergw. A.	5	29½ etw bz
Neustädt. Hüttenv. A.	5	7¼ B
Concordia	4	109 G
Magdeb. Feuerversi. A.	4	460 G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	— —	
do. II. Em.	4	91⅛ G	
do. III. Em.	4½	99¾ G	
Aachen-Mastricht	4½	73 bz	
do. II. Em.	5	73 bz	
Bergisch-Märkische	4½	101 B	[100¾ G
do. II. Ser.	4½	100¾ bz,	(II. 55)
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	84¾ bz,	IV. 100½ [G
do. Düsseld. Elberf.	4	— —	
do. II. Em.	5	— —	
do. III. S. (D. Soest)	4	94½ G	
do. II. Ser.	4½	100 B	
Berlin-Anhalt	4	100 G	
do.	4½	100⅝ G	
Berlin-Hamburg	4½	99⅞ bz	
do. II. Em.	4½	99⅞ bz	
Berl. Pots. Mg. A.	4	— —,	B. — —
do. Litt. C.	4½	100½ G	
do. Litt. D.	4½	100½ bz	
Berlin-Stettin	4½	— —	
do. II. Em.	4	95½ bz	
do. III. Em.	4	94⅞ bz	[IV. 4½ % [101⅞ bz
Bresl. Schw. Freib.	4½	— —	
Brieg-Neißer	4½	— —	
Cöln-Crefeld	4½	100 B	
Cöln-Minden	4½	101 G	
do. II. Em.	5	101½ G	
do.	4	97 bz	
Cöln-Minden III. E.	4	93½ bz	
do.	4½	101 G	
do. IV. Em.	4	93½ bz	
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	91¾ bz	
do. III. Em.	4½	— —	
Magdeb. Halberst.	4½	102½ bz	
Magdeb. Wittenb.	4½	— —	
Niederschles. Märk.	4	97¾ G	
do. conv.	4	97¾ G	
do. conv. III. Ser.	4	96 bz	IV. — —
Niederschl. Zweigb.	5	— —	
Nordb., Fried. Wilh	4½	99½ G	
Oberschles. Litt. A.	4	— —	
do. Litt. B.	3½	87½ G	C. — —
do. Litt. D.	4	95¼ G	
do. Litt. E.	3½	84¾ bz	
do. Litt. F.	4½	100⅜ G	
Oestreich. Französ.	3	269½ bz u B	
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	— —	II. — —
do. III. Ser.	5	— —	
Rheinische Pr. Obl.	4	92½ G	
do. v. Staatgarant.	3½	— —	
Rheinische Pr. Obl.	4½	99 B	
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	100¾ bz	II. 100¾ [bz
Ruhrort-Crefeld	4½	— —	
do. II. Ser.	4	91½ G	
do. III. Ser.	4½	99¾ G	
Stargard-Posen	4	— —	[B
do. II. Em.	4½	— —	III. 99¾
Thüringer	4½	— —,	II. — —
do. III. Ser.	4½	101¾ G	
do. IV. Ser.	4½	101⅞ G	

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	101¾ G	
Staats Anl. 1859	5	107½ bz	
do. 1850, 1852	4½	100 B	
do. 54, 55, 57, 59	4½	101½ bz	[1859r [101½ bz
do. 1856	4½	101½ bz	
do. 1853	4	99⅞ bz	
N. Präm St A 1855	3½	121¾ bz	
Staats-Schuldsch.	3½	90 bz	
Kur-u Neum. Schldv	3½	89¾ G	
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102¼ G	
do. do.	3½	89¼ G	
Berl. Börsenh. Obl.	5	104½ B	
Pfandbriefe: Kur-u. Neumärk.	3½	92¾ bz	
do.	4	101 G	
Ostpreußische	3½	88¾ bz	
do.	4	98¾ B	
Pommersche	3½	91⅜ bz	
do. neue	4½	100⅝ B	
Posensche	4	104½ G	
do.	3½	98½ G	
do. neue	4	98¾ bz	
Schlesische	3½	93½ G	
B. Staat gar. B.	3½	— —	
Westpreußische	3½	88¾ bz	
do.	4	98⅝ bz,	neue — —
Rentenbriefe: Kur-u. Neumärk.	4	99⅝ bz	
Pommersche	4	99⅜ bz	
Posensche	4	98⅝ bz	
Preußische	4	99¾ bz	
Rhein- u. Westf.	4	98½ bz	
Sächsische	4	99½ bz	
Schlesische	4	100⅛ G	

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	56¼ bz u B	
do. National-Anl.	5	66-65¾ bz u G	
do. 250fl. Präm. O.	4	74½ B	
do. neue 100fl. Loose	—	69¼ B	
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	87 bz	
6. do.	5	96⅞ bz	
Englische Anl.	5	95¾ bz	
N. Russ. Egl. Anl.	3	60 B	[4½ % [89 G
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	82⅜ G	
Cert. A. 300 Fl.	5	94¾ G	
do. B. 200 Fl.	—	23¼ G	
Pfdbr. u. in S R.	4	87¼ bz u B	
Part. O. 500 Fl.	4	93½ B	
Oestr. 5proz. Loose	5	73¾-74 bz	
Hamb. Pr. 100 BM	—	102¼ G	
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	57¼ etw bz	
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	31 G	
Dessau. Präm. An.	3½	103¼ etw bz	
Schwed. Präm. An.	—	94½ G	

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 6¼ G
Louisd'or	—	109⅝ bz
Sovereigns	—	6. 23¼ G
Napoleonsd'or	—	5. 11 bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 460½ bz
Dollars	—	1. 11⅞ G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 25 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99 9/10 bz
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99 9/10 bz
Oestr. Banknoten	—	79 bz
Poln. Bankbillet	—	87¼ bz
Russische do.	—	87-⅛ bz

Wechsel-Kurse vom 3. Juni.

Amsterd. 250fl. kurz	3½	143½ G
do. 2 M.	3½	142⅜ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	3	151⅝ bz
do. do. 2 M.	3	150⅝ bz
London 1 Lstr. 3 M.	2½	6 21⅞ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3½	80½ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	77⅞ bz
do. do. 2 M.	5	77⅜ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 24 bz
Frank. 100 fl. 2 M.	2½	56. 26 bz
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅝ G
do. do. 2 M.	4	99⅓ G
Petersb. 100 R. 3 W.	7	96⅙ bz
do. do. 3 M.	7	96 bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109¾ bz
Warschau 90 R. 8 T.	5	87⅛ bz

Die Haltung der heutigen Börse war in einigen Effekten recht belebt. Die Kurse schlossen im günstigsten Falle so wie gestern.

Breslau, 4. Juni. Die Börse war sehr animirt und mit Oestreichischen Papieren abermals höher.

Schlußkurse. Diskonto-Komm.-Anth. —. Oestr. Kredit-Bank-Akt. 84¾-85¾ bz u Br. Oestr. Loose 1860 —. Posener Bank —. Schlesischer Bankverein 95 Gd. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Akt. 127 Gd. dito Prior. Oblig. 96½ Br. dito Prior. Oblig. Lit. D. —. dito Prior. Oblig. Lit. E. —. dito Prior. Oblig. 93½ Br. Neisse-Brieger 74½ Br. Niederschl. Märkische —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 154¼ Br. dito Lit. B. 132¼ Br. dito Prior. Oblig. 95⅝ Br. dito Prior. Oblig. 100⅜ Gd. dito Prior. Oblig. Lit. F. 84¾ Br. dito Prior. Oblig. Lit. E. —. Oppeln-Tarnowitzer 49 Br. Kosel-Oderb. 62 Br. dito Prior. Obl. —. dito Stamm-Prior. Oblig. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

London, Mittwoch 4. Juni, Nachmittags 3 Uhr.
Konsols 92½. 1proz. Spanier 44. Mexikaner 31⅜. Sardinier 81½. 5proz. Russen 96. 4½ proz. Russen 91.

Amsterdam, Mittwoch 4. Juni, Nachm. 4 Uhr. Börse lebhaft.
5proz. östr. Nat. Anl. 60 15/16. 5 % Metalliques Lit. B. 73⅜. 5proz. Metalliques 52. 2½proz. Metalliques 26⅞. 1proz. Spanier 43½. 3proz. Spanier 48 13/16. 5proz. Russen 81¾. 5proz. Stieglitz de 1855 91½. Mexikaner 30. Holländische Integrale 62 13/16.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.